

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionsschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: F. W. A. Eckart, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: A 2 Flora 4933.

Verlag: A. Laue, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 Mk. monatlich. Zu beziehen durch die Post,
Inserate: Die sechsspaltige Nonpareilzeile bei Arbeitsmarkt,
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Die Brot- und Fleischversorgung

Die Produktion der wichtigsten Lebensmittel, Brot und Fleisch, wird von den handwerksmäßigen Mittel- und Kleinbetrieben in der Hauptsache beherrscht. Wir finden darüber eine verlässige Aufstellung über die Betriebsgröße nach Umsätzen in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ für das Jahr 1927 (neuere Angaben liegen noch nicht vor). Der Gesamtumsatz in der Brotindustrie wurde für das Jahr 1927 mit 2 616 Millionen Mark ermittelt, der sich auf 100 005 veranlagte Bäckereibetriebe verteilt. Hieraus geht ohne weiteres die große Verzweigung in diesem Berufe hervor, der ein lebenswichtiges Produkt herstellt. Die nach den Umsätzen ermittelten Großbetriebe sind bei den Gesamtumsätzen außerordentlich schwach beteiligt, sie partizipieren dabei nur mit 196 Millionen Mark. Nach Größengliederung der Umsätze im Bäckergewerbe ergibt sich folgendes Bild:

Betriebsgrößeklasse Umsatz in RM.	Zahl der Betriebe	Umsatz in Mill. RM.
5 000 bis 20 000	9 380	28,3
20 000 „ 50 000	47 835	600,3
50 000 „ 100 000	34 005	1045,3
100 000 „ 500 000	6 920	460,5
500 000 „ 1 000 000	1 710	285,9
über 1 000 000	93	65,1
Zusammen	100 005	2615,8

Im Durchschnitt entfällt auf den Betrieb ein Umsatz von 26 157 Mk., davon sind jedoch große Abweichungen in den einzelnen Städtegebieten und Landesteilen festzustellen. Während der Klein- und Zwergebetrieb in Oberschlesien, Grenzmark, Süddeutschland und Anhalt vorherrschend ist, weisen die Hansestädte, sowie einige Großstädte eine stärkere Betriebskonzentration auf. Der durchschnittliche Umsatz in Hamburg beträgt 88 798 Mk., in Lübeck 59 466 Mk., in Bremen 41 786 Mk., hingegen weist Württemberg nur 17 486 Mk., Anhalt 18 106 Mk., Oberschlesien 19 336 Mk., Grenzmark 19 469 Mk. und in Thüringen nur 19 684 Mk. auf. Von den Großstädten steht Altona mit 101 258 Mk. Durchschnittsumsatz an erster Stelle, der niedrigste Umsatz wurde in Hindenburg/Oberschlesien mit 18 800 festgestellt. Im Reichsdurchschnitt entfallen auf je 10 000 Einwohner 16 Betriebe, davon steht Anhalt mit 24 Betrieben an erster Stelle, es folgt Württemberg mit 22, der Freistaat Sachsen mit 21, Hamburg weist nur 6 Betriebe und Ostpreußen nur 8 Betriebe auf.

Der jährliche Umsatz pro Kopf der Einwohner ist mit 42 Mk. als Reichsdurchschnitt ermittelt. Von den Ländern steht Bremen mit 61, Lübeck mit 54 und der Freistaat Sachsen mit 52 Mk. über dem Reichsdurchschnitt, während Oberschlesien mit 26 und Ostpreußen mit 19 weit unter dem Durchschnitt bleiben. Von den Großstädten steht Elberfeld mit 77 an erster Stelle, Hindenburg/Oberschlesien mit 25 Mk. erreicht noch lange nicht den Reichsdurchschnitt.

Im Fleischergewerbe ist die wirtschaftliche Kapazität im Einzelfall im allgemeinen erheblich größer als in den Bäckereibetrieben. Es entfielen Veranlagte bzw. Umsatz im Fleischergewerbe in Prozenten auf die Umsatzgrößeklasse:

Umsatz in RM.	Betriebe in %	Umsatz in %
bis 5 000	13,72	0,48
5 000 „ 20 000	24,79	5,69
20 000 „ 50 000	31,33	19,21
50 000 „ 100 000	19,24	24,73
100 000 „ 500 000	10,11	31,79
500 000 „ 1 000 000	0,50	6,25
über 1 000 000	0,31	11,85

Im Durchschnitt ergibt sich je Veranlagungsfall für die Fleischereien 54 527 Mk., mehr als die doppelte Umsatzstärke gegenüber den Bäckereien. Im Reichsdurchschnitt weichen die Umsätze in den Großstädten erheblich ab. So beträgt der Umsatz je Betrieb bei den Fleischereien in Stettin fast 168 000 Mk., in Berlin 149 000 Mk. Besonders niedrige Durchschnittswerte sind in Aachen mit 49 735 Mk. zu verzeichnen. Auf je 10 000 Einwohner entfallen 14 Betriebe. In den Großstädtischen Bezirken ist entsprechend der größeren Betriebskapazität die Häufigkeit des Vorkommens von Betrieben dieses Wirtschaftszweiges im allgemeinen zum Teil sogar weit geringer. Der Gesamtumsatz im Fleischergewerbe wurde mit 4 478 Millionen Mark ermittelt. Eine Vergleichstellung des Bäckerei- und Fleischergewerbes hinsichtlich der Umsatzgrößeklasse ergibt:

Umsatzgrößeklasse Mk.	Bäckereien		Fleischereien	
	Veranlagte	Umsatz in 1000 Mk.	Veranlagte	Umsatz in 1000 Mk.
bis 5 000	a) 9 380	28 298	11 271	21 328
	b) 9,38	1,08	13,72	0,48
5 000 „ 20 000	a) 47 835	600 283	20 356	254 966
	b) 47,83	22,95	24,79	5,69
20 000 „ 50 000	a) 34 005	1 045 285	25 727	860 058
	b) 34,01	39,96	31,33	19,21
50 000 „ 100 000	a) 6 920	460 480	15 806	1 107 449
	b) 6,92	17,60	19,24	24,73
100 000 „ 500 000	a) 1 710	285 912	8 302	1 423 455
	b) 1,71	10,93	10,11	31,79
500 000 „ 1 000 000	a) 93	65 075	408	279 833
	b) 0,09	2,49	0,50	6,25
über 1 000 000	a) 62	130 473	254	530 973
	b) 0,06	4,99	0,31	11,85
Insgesamt	100 005	2 615 806	82 124	4 478 002
	100,00	100,00	100,00	100,00

Diese Feststellungen zeigen uns die unrationelle Produktionsweise in zwei der wichtigsten Nahrungsmittelberufe. Die Möglichkeit des Bestehens der vielen Zwergebetriebe mit familienwirtschaftlichem Betriebscharakter ist in erster Linie deshalb gegeben, weil hier der Zwischenhandel vollständig ausgeschaltet ist und der Verkauf der Produktionserzeugnisse vom Unternehmer des Herstellungsbetriebes selbst erfolgt. Unkosten für Warenversand oder Risiken für Warenschwund bei längerer Lagerung entstehen hier nicht. Außerdem kommt hinzu, daß diese Betriebe fast nicht oder nur sehr schwach durch das Lohnkonto belastet sind. Im Bäckereigewerbe bestehen 37 223 Betriebe oder mehr als 40 Proz., in denen keine Gehilfen beschäftigt werden, diese sind folglich nicht mit Gesellenlöhnen und sozialen Abgaben belastet; davon sind 17 561 Betriebe vorhanden, in denen von den Familienangehörigen die Brotproduktion bewältigt wird. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Fleischergewerbe. Auch hier tritt stark der Zwergebetrieb unter Ausschaltung fremder Arbeitskräfte in den Vordergrund.

Obwohl in beiden Berufsgruppen ziemlich gleichartige Verhältnisse in der wirtschaftlichen Struktur festgestellt sind, so weichen sie dennoch voneinander ab. Die Betriebsklasse bis zu einem jährlichen Gesamtumsatz von 20 000 Mk. ist im Bäckergewerbe mit 57 215 Betrieben oder 57,21 Proz. beteiligt. Der Umsatz in diesen Betrieben beträgt 24,03 Proz. vom Gesamtumsatz.

Im Fleischergewerbe hingegen sind 31 627 Betriebe oder 38,51 Proz. in dieser Betriebsklasse ermittelt, die jedoch nur mit 6,17 Proz. am Gesamtumsatz beteiligt sind. In der Klasse mit einem Umsatz von über 1 Million weist das Bäckergewerbe nur 62 Betriebe oder 0,06 Proz. aller veranlagten Betriebe auf, die mit 130 473 000 Mk. oder 4,99 Proz. an dem Gesamtumsatz teilnehmen. Hingegen verzeichnet das Fleischergewerbe 254 Betriebe oder 0,31 Proz. in dieser Umsatzklasse mit einem Gesamtumsatz von 530 913 000 Mk. oder 11,85 Proz. vom Gesamtumsatz.

Ausschußsitzung des ADGB.

Am 20. Juni trat der Ausschuß des ADGB. zusammen, um den Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes entgegenzunehmen und um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Kollege Leipart, teilte zunächst mit, daß der Bundesvorstand zu der Frage des 9. Schuljahres Stellung genommen und eine Eingabe zu der Sanierung der Invalidenversicherung an die Reichsregierung gerichtet habe. Er kam dann auf die Ausschußsitzung des IGW. in Madrid zu sprechen und erläuterte die Vorschläge der vom IGW. und G.A. eingesetzten Abrüstungskommission.

Im Anschluß daran ging Kollege Leipart auf diejenigen Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Er stellte fest, daß die vorgesehenen Maßnahmen in keiner Weise den Forderungen der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit entsprechen.

In der daran anschließenden Aussprache wurde besonders auf diesen Teil des Berichtes eingegangen und nachdrücklich gefordert, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in der in der Notverordnung geplanten Art nur dann durchgeführt werden dürfe, wenn sie mit einem Einstellungszwang verbunden sei. Ebenso muß ein Lohnausgleich gefordert werden. Wie notwendig die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ist, ging mit besonderer Deutlichkeit aus den Ausführungen des Kollegen Eggert hervor, der nachwies, daß in den Jahren 1924 bis 1929 eine Steigerung der Produktion um 50 Proz. eingetreten sei. Trotz dieser Produktionssteigerung ist der vorhandene Produktionsapparat nur zu 80 Proz. ausgenutzt worden. Die Arbeitszeitverkürzung liege deshalb im großen Zuge der Entwicklung, sie darf nicht nur unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise beurteilt werden. In der Zusammenfassung dieser Aussprache konnte Leipart

feststellen, daß es die einstimmige Auffassung des Bundesvorstandes ist, daß der Einstellungszwang auch in den Durchführungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die Vierzigstundenwoche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

In dem einleitenden Referat über den zweiten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zur allgemeinen Lage“ berichtete Leipart über die Schritte, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium unternommen habe, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Er erwähnte den auch in der „Einigkeit“ abgedruckten Brief an den Reichskanzler und die Erklärungen, die der Bundesvorstand gemeinsam mit dem AFA-Bund nach der Veröffentlichung der Notverordnung abgegeben hat. Ausführlich berichtete er über die Unterredung der Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler, Arbeitsminister und dem Finanzminister. Dort wurde vom Kollegen Leipart auf den Lohnabbau hingewiesen, der mit Hilfe der Schlichtungsorgane ununterbrochen fortgesetzt werde, trotzdem die Notverordnung den Arbeitnehmern neue schwere Belastungen zumutet. Auch auf das, was in der Notverordnung nicht enthalten ist, wurde die Regierung aufmerksam gemacht, nämlich auf die Kontrolle der Kartelle, die unbedingt durchgeführt werden müsse. Die Regierung mußte zugeben, daß einzelne Bestimmungen der Notverordnung Brutalitäten enthalten, die aber nicht abgeändert werden können, bevor nicht Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung eingeleitet sind.

Kollege Leipart konnte weiter berichten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keine Zeit verstreichen lassen wird, um über die in letzter Stunde vom Reichskanzler gegebene Zusicherung auf Abände-

rung der Notverordnung in Verhandlungen einzutreten. Die zu diesen Ausführungen vorgelegte Entschliebung haben wir bereits in der vorhergehenden Nummer der „Einigkeit“ zum Abdruck gebracht.

In der Aussprache lehnten die Verbandsvertreter einstimmig und mit aller Schärfe die Notverordnung ab. Hervorgehoben wurden die unerträglichen Eingriffe in das Tarifrecht und das Ausnahmerecht, unter das die Bauarbeiter gestellt werden. Von allen Seiten wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen besteuert werden, widerspreche dem Geist der Verfassung mindestens so schroff wie die Kürzung der hohen Pensionen ihren Buchstaben.

Nicht unbeachtet blieb die finanzielle Notlage, in der sich Deutschland befindet und die noch nicht überwunden ist. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will. Ihr Sinn war, eine weitere Erschütterung des deutschen Kredit-systems zu vermeiden und eine Gefährdung der Währung zu verhindern. Greifbare Kredite für das Kapital bedeuten in der heutigen Situation Arbeit für die Arbeiter.

In seinem Schlußwort sprach Leipart der Sozialdemokratischen Partei den Dank der Gewerkschaften für den moralischen Mut aus, den sie in den Stunden schwerster politischer Entscheidungen gezeigt hat.

Im Anschluß an diesen Punkt wurde über die Schaffung von Lehrlingsordnungen gesprochen. Die dabei aufgeworfenen Streit- und Zweifelsfragen wurden durch Beschluß des Ausschusses zur Klärung an den Bundesvorstand überwiesen, der mit den daran interessierten Gewerkschaften verhandeln soll und über das Ergebnis der Beratungen in der kommenden Bundesausschubssitzung Bericht erstatten wird.

Dies alles wird übrigens allgemein anerkannt. Der Ausdruck dieser Anerkennung ist das fast allseitige Bemühen, der Gewerkschaftspressen die Möglichkeit nicht zu beeinträchtigen, ihr segensreiches Schaffen fortzusetzen. Es ist genugsam bekannt, daß die Gewerkschaftsklassen von der außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit überaus stark in Anspruch genommen werden. Der Zwang zu äußerster Sparsamkeit oder Einschränkung macht sich fühlbar. Wenn in früheren Zeiten dieser Zwang aufrat, fing man gar oft bei der Zeitung mit dem Sparen an. Das ist heute glücklicherweise nicht oder fast nicht der Fall. So ziemlich alle Gewerkschaftszeitungen haben trotz ihrer Finanzknappheit ihren alten Umfang beibehalten, was zu begrüßen ist.

Wenn je die Wirkungsmöglichkeit der Gewerkschaftspressen unbeschritten erhalten werden muß, dann liegt in dieser beispiellosen Krise. Hunderttausende von Arbeitern können sich eine Tageszeitung nicht mehr halten; für sie ist das Gewerkschaftsblatt noch das einzige Mittel der Unterrichtung und der Verbindung mit der Klassengenossenschaft. Eine Verdünnung oder Verschlechterung dieses Mittels müßte eine geistige und auch zahlenmäßige Schwächung der gewerkschaftlichen Front nach sich ziehen. Aber selbst dort, wo noch ein sozialistisches Tagesblatt gehalten wird, würde die Einschränkung der Gewerkschaftspressen in der jetzigen Zeit ebenfalls besonders vom Uebel sein. Denn sie ist es ja, die das sozialistische Gold in einer beruflich gangbaren Scheidemünze in die Fabrik und den Arbeiterhaushalt trägt.

Bei der gegenwärtigen Krise an der Gewerkschaftspressen sparen wollen, wäre kein Sparen, sondern eine Vergeudung von mühselig errungenen Werten wirtschaftlicher, gewerkschaftlicher und sonstiger Art. Dieses Sparen würde heißen, Kupfermünzen zu erübrigen, um Goldstücke zu verlieren. Darüber besteht ja auch, Gottlob, in allen Gewerkschaftskreisen kein Zweifel.

Kommt Rettung?

Nicht überraschend, jedoch mit einer nicht zu erwartenden Böslichkeit hat sich der amerikanische Präsident Hoover in einer Erklärung für einen einjährigen allgemeinen Schuldenausschub eingesetzt. Die Nachricht über den Vorschlag hat naturgemäß in Deutschland lebhaften Zustimmung gefunden. Trotz der Anerkennung, die Hoover verdient, darf nicht übersehen werden, daß die Konsolidierung der europäischen Verhältnisse nicht zuletzt im Interesse Amerikas liegt. Hoover ist so offen gewesen, dies zuzugeben, indem er in der Begründung seines Vorschlages darauf hinwies, daß die im Ausland bestehenden Schwierigkeiten dem Absatz amerikanischer Exportwaren entgegenstehen und dies in gewissem Umfang schuld ist an der in Amerika bestehenden Arbeitslosigkeit und an den fortdauernd niedrigen Preisen für die Farmprodukte. Auch die Abhängigkeit des Hoover'schen Planes von der Zustimmung aller beteiligten Großmächte ist zu beachten. Industriestaaten wie England und Japan, die sich selbst in einer schlechten wirtschaftlichen Lage befinden, haben sofort dem Plan zugestimmt. Anders liegen die Dinge bei Frankreich. Dieses Land ist bis heute noch so ziemlich von der Weltwirtschaftskrise verschont geblieben. Die Aufschiebung der Schuldzahlung bedeutet aber für Frankreich einen Ausfall von weit mehr als 400 Millionen Mark, über die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes bereits verfügt wurde, deren Ausfall aber eine erhebliche Unordnung in den Staat bringen würde. Ähnlich liegen die Dinge bei Belgien. Es ist also nicht Schleichheit, wenn diese beiden Staaten nicht sofort vorbehaltlos dem Plane Hoovers zugestimmt haben. Dies festzustellen, ist notwendig, wenn man objektiv sein will.

Aber selbst wenn diese Schwierigkeiten überwunden werden und der Plan Hoovers, so wie er gedacht ist, zur Durchführung kommt, selbst dann ist noch kein Anlaß zu einem Freudentaumel gegeben. Gewiß, Deutschland würde insgesamt 1,5 Milliarden Mark, die es planmäßig abzuführen hätte, im Inland verwenden können. Dies wäre neben der Entspannung, die bereits eingetreten ist, eine nicht zu unterschätzende finanzielle Erleichterung, die sich bemerkbar machen würde, wenn es trotz der Notverordnung nicht noch ein ungedecktes Defizit in Höhe von 900 bis 1000 Millionen Mark gäbe.

Diese Umstände, besonders letzteren, gibt es zu berücksichtigen. Nichts wäre verhängnisvoller, als ohne Prüfung der tatsächlichen Lage nunmehr zu schlußfolgern, daß alle innerpolitischen Schwierigkeiten, gegen die Deutschland bisher verzweifelt angekämpft hat und die uns an den Rand des Abgrunds gebracht haben, beseitigt wären. Aber trotz dieser Feststellung können wir nicht umhin zu erklären, daß mit der Gewährung eines Zahlungsausschubs nunmehr der Zeitpunkt gekommen ist, um eine Aenderung der Notverordnung in Angriff zu nehmen. Die Vertreter der Arbeiterchaft haben soviel Einsicht belesen, der Regierung trotz dieser Notverordnung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Sie ließen sich dabei von dem Gedanken leiten, die in Aussicht stehenden Verhandlungen zur anderweitigen Regelung der Reparationslasten nicht zu stören. Der erste Schritt zu einer Erleichterung der

Gewerkschaftspressen in der Krise

Der Fachauschub der Gewerkschaftspressen des AOB besteht nun zwei Jahre. Er hat es weder an Ernst noch an Eifer fehlen lassen, seiner ihm gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Jede seiner Zusammenkünfte hat sich eingehend mit der technischen wie sachlichen Verbesserung der Zeitung befaßt. Der Meinungsaustausch allein schon hatte eine sehr erfreuliche Wirkung: er schärfte das Auge für Mängel und Vorteile, die bis dahin kaum beachtet worden waren. Der kritischen Musterung folgte meist die Verbesserung auf dem Fuße. Das gegenseitige Beobachten und Auswerten der Neuerungen kam einem höchst nützlichen Anschauungsunterricht gleich.

Ob jeder Verbesserungsversuch geblüht und wie weit er in jedem Falle gediehen ist, läßt sich leicht durch einen Vergleich der Zeitung von früher und heute feststellen. Die Neuerungen erstrecken sich auf den Titelkopf, die Schriftart, die Auswahl des Lesestoffes und dessen Einteilung. Allein, wie hoch man auch diese mehr äußerlichen Aenderungen veranschlagen mag, sie sind geringfügig neben der Bereicherung des Inhalts. Hier liegt, so kann man getrost sagen, der größte Gewinn der Tätigkeit des Fachauschusses.

Früher waren die Gewerkschaftszeitungen in der Regel von Männern für die Männer geschrieben. Daß sie auch für die Frauen und Kinder des Gewerkschaftsmittgliedes geschrieben sein mußten, ist kaum bedacht worden. Die Folge war, daß die Zeitung selten auf den familiären des Gewerkschafters kam; weder seine Frau noch seine Kinder verspürten Neigung, sie zu lesen. Der Inhalt war auch nicht so beschaffen, die Neigung zu fördern; er war nicht darauf abgestimmt, den Geist zu weiten und die Seele zu erwärmen. So blieb die Familie des Gewerkschafters unberührt von dem Tun und Denken seiner Organisation. Dieser Mißstand kam ihr teuer zu stehen. Nicht nur, daß der Beitragskassierer auf Verständnistlosigkeit und Unwilligkeit bei den Frauen stieß, auch die Jugend trat ohne gewerkschaftlichen Sinn ins Leben und mußte später unter schwierigeren Umständen erst gewerkschaftlich gewonnen werden, weil die leichte Werbemöglichkeit im elterlichen Haushalt nicht genutzt worden war.

Dieser und noch etlichen anderen Mißlichkeiten wird jetzt dadurch begegnet, daß die Zeitung für die Frau wie für die erwachsenen Kinder des Gewerkschafters anziehend, lesbar gemacht worden ist. Die meisten deutschen Gewerkschaftsblätter haben heute eine Unterhaltungsseite mit Kurzgeschichten und Romanen, mit Aufsätzen über Gesundheitswesen, Kindererziehung und dergleichen, ja selbst der Humor wird nicht vergessen. Kurz, die Gewerkschaftszeitung ist zum Familienblatt geworden, und das in dem Sinne, daß jedes Familienmitglied in der Zeitung etwas findet, das reizt und fesselt. Freilich dient der Inhalt der Unterhaltungsseite nicht der Unterhaltung an sich, sondern er soll Anleitung, ein gelinder Zwang sein, sich mit den gewerkschaftlichen Gedankengängen

vertraut zu machen. Anders ausgedrückt, der Unterhaltungsstoff soll am Ende nichts anderes sein, als gewerkschaftliche Propaganda am Familien-tisch mit hierfür passenden Mitteln.

Der Zeitungsschreiber oder Schriftleiter kann nur durch Schreiben handeln, und der Erfolg dieses seines Handelns ist mehr mittelbar, das heißt, er braucht längere Zeit zum Sichtbarwerden. Das ist die Regel, die in unserem Falle durch Ausnahmen eindrucksvoll bestätigt wird, Ausnahmen, die jeder sehen kann. Was früher Jubiläumsfesten war, geschieht heute in unzähligen Fällen: die Frauen bestehen bei den Beitragskassierern und ihren Männern nachdrücklichst darauf, daß die Gewerkschaftszeitung prompt mitgebracht wird. Aus zahlreichen Mitteilungen ist zu ersehen, daß die Frauen und ihre erwachsenen Kinder, die anfangs die Zeitung nur des Unterhaltungsstoffes wegen öffneten, jetzt auch den trockenen oder schwierigen Stoff aufmerksam, zum Teil recht kritisch lesen und dadurch mit dem gewerkschaftlichen Streben und Wirken vertraut gemacht worden sind.

Noch in anderer Hinsicht ist jetzt ein wohlthätiger Einfluß der Gewerkschaftspressen zu merken. Wie die Arbeiterklasse im allgemeinen, so hat die Gewerkschaftsbewegung im besonderen seit Jahr und Tag Wind und Wetter im Gesicht. Fast jede proletarische Familie hat einen oder mehrere Angehörige in dem Heer der Kurzarbeiter oder vor den Stempelstellen. In einer solch beispiellosen wirtschaftlichen Trostlosigkeit, wo Lohnforderungen nicht gestellt oder durchgesetzt werden können, ja Lohnabzüge oft nicht zu verhindern sind, ist natürlich die Anziehungskraft der Gewerkschaft geringer und ihre Bindendigkeit wird der schwersten Probe ausgesetzt. Ueberdies wird die wirtschaftliche Trostlosigkeit von allerhand Demagogen und Quacksalbern, von Wortraditalen und Seichtbeuteln weidlich zur Verwirrung und Zersplitterung der organisierten Arbeiterchaft ausgenutzt. Und trotz dieser ungeheuren seelischen Zermürbung durch die wirtschaftliche Not und der höllischen Wühlerei gegen die gewerkschaftliche Organisation hat sich deren Mitgliedschaft zahlenmäßig und stimmungsmäßig vortrefflich gehalten. Wie wahr das ist, wird neuestens durch den Ausfall der Betriebsräte wahlen bestätigt. Die Stimmenverluste, die sie hier und da den freien Gewerkschaften gebracht haben, werden anderwärts durch Gewinne wieder ausgeglichen.

Diese Wetterfestigkeit der freien Gewerkschaften ist zweifelsohne ihrem tatkräftigen Eintreten für die Arbeiter und ihrem vorzüglichen Unterstützungsweisen zuzuschreiben. Dennoch ist der Anteil der Gewerkschaftspressen an dem erfreulichen Stand der Dinge nicht gering. Durch ihre Neugestaltung, dank ihrer größeren Gediegenheit in Aufmachung und Inhalt, hat sich die Zahl ihrer Leser wie deren Aufmerksamkeit erhöht und die Widerstandsfähigkeit gegen die gewerkschaftsfeindliche Demagogie wie auch die gewerkschaftliche Treue der Mitglieder unzweifelhaft und beträchtlich gestärkt.

Reparationszahlungen wird der Zahlungsausschub sein. Ihm auf dem Fuße muß eine gerechtere Verteilung der in der Notverordnung enthaltenen Lasten folgen. Zunächst ist die Krisensteuer umzugestalten. Auch die harten und unerträglichen sozialen Abbaumaßnahmen müssen wenigstens teilweise rückgängig gemacht werden. Ein etwa entstehender Einnahmeausfall ist auszugleichen durch die Erhebung einer Ausgleichsteuer von den inländischen Benzinherzeugern sowie durch den Verzicht auf die Subventionspläne. Das ist die Regierung der werktätigen Bevölkerung schuldig. Wird die Notverordnung nicht geändert, dann dürfte auch der Zahlungsausschub nichts nützen, denn das durch die Wirtschaftskrise gequälte Volk wird die schikanösen Lasten nicht mehr tragen, sondern sich gewaltsam davon befreien, auch auf die Gefahr hin, in eine noch schlechtere Situation hineinzugeraten. Dies auszusprechen ist notwendig, da es den Anschein erweckt, als ob die verantwortlichen Kreise gar nicht wissen, wie groß die Not unter dem Volke ist.

Deutschland stand vor dem Abgrund

Es ist nur einem kleinen Teil des deutschen Volkes bewußt geworden, daß Deutschland vor einem Abgrund gestanden hat. Die zugespitzte politische Lage hatte im Zusammenhang mit einigen anderen Vorfällen das Vertrauen des Auslandes derart erschüttert, daß die ausländischen Geldgeber ihre Kredite aus Deutschland zurückzogen. Innerhalb weniger Tage mußte die Reichsbank mehr als eine Milliarde Mark Devisen abgeben. Dieser Devisenabzug hatte zur Folge, daß die Deckungsvorräte für das umlaufende Papiergeld stark abnahmen und bedenklich nahe an die im Währungsgefeh niedergelegte Grenze rückten. Die Reichsbank sah sich deshalb veranlaßt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Sie erhöhte den Zinsfuß für Leihgeld. Wenig später war sie bereits gezwungen, die von ihr gewährten Kredite einzuschränken. Auch der Generalrat war bereits zu einer Sitzung zusammenberufen worden, um den Beschluß zu fassen, gegebenenfalls die Deckungsgrenze zu unterschreiten. Zu dieser Maßnahme ist es zum Glück nicht gekommen. Der Vorschlag Hoovers, die Schuldzahlungen für ein Jahr einzustellen, hat die Kreditkündigungen zum Stillstand gebracht und den Geldmarkt in ruhige Bahnen gelenkt.

Diese Entspannung der bedrohlichen Situation ist gerade noch rechtzeitig eingetreten. Man stelle sich vor, die Reichsbank wäre gezwungen gewesen, die zur Deckung der umlaufenden Noten gesetzlich vorgesehenen Gold- und Devisenbestände anzugreifen. Das Vertrauen zur deutschen Währung wäre in diesem Augenblick rapid zurückgegangen, der Markkurs wäre derartig stark gesunken, daß eine Inflation unausbleiblich gewesen wäre. Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die Sozialdemokratische Partei diese Gefahren erkannt hat. Durch ihr nicht immer richtig verstandenes Verhalten hat sie den Gläubigern Deutschlands Zeit gegeben, das Reparationsproblem aufzurollen. Die Rettung vor dem endgültigen Zusammenbruch Deutschlands ist demnach allein der Sozialdemokratischen Partei zuzuschreiben. Die Katastrophenpolitiker der Rechts- und Linksradi- kalen haben ebenfalls den Zusammenbruch vorausgesehen und alle Maßnahmen getroffen, um ihn so schnell wie möglich herbeizuführen. Wer die Entbehrungen des deutschen Volkes während der ersten Inflation noch vor Augen hat, der wird zu erkennen vermögen, wer in der hinter uns liegenden Situation richtig gehandelt hat.

Der erste Erfolg

Die größte Ungerechtigkeit der letzten Notverordnung war unzweifelhaft die Bestimmung, die allen Jugendlichen unter 21 Jahren die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit entzieht. Die Verhandlungen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion inzwischen mit der Regierung geführt hat, haben insoweit einen Erfolg gezeitigt, als das Reichsarbeitsministerium nunmehr an die Arbeitsämter eine Anweisung erlassen hat, wonach die Jugendlichen unter 21 Jahren, im Falle des Nachweises ihrer Bedürftigkeit, die Unterstützung weiter beziehen. Besonders zu bemerken ist, daß bei der Zahlung der Unterstützung nicht wie ursprünglich angenommen die Sätze der Krisenunterstützung, sondern die höheren Sätze der Arbeitslosenversicherung zugrunde gelegt werden. Bedürftigkeit ist nicht gegeben, wenn unterhaltspflichtige Angehörige vorhanden sind.

Sieht man davon ab, daß trotz dieser Milderung noch eine ganze Anzahl Jugendlicher ohne Unterstützung bleiben wird, so ist doch immerhin festzustellen, daß diese Regelung eine erhebliche Erleichterung für die Mehrzahl der in Frage kommenden Jugendlichen darstellt. Wir stellen fest, daß dieser Erfolg, wenn er auch gering ist, den ersten Schritt zur endgültigen Nachprüfung der Notverordnung bedeutet.

Zusammenkunft der Versichertenvertreter der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft

Der Unfallverhütungsausschub der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft, der sich aus dem Vorstand und den Versichertenvertretern zusammensetzt, tagte am Montag, dem 22. Juni 1931, in Dresden, um den Jahresbericht der technischen Aufsichtsbeamten entgegenzunehmen. Am Tage vorher fand eine Vorbesprechung der Versichertenvertreter statt, um zu dem umfangreichen Jahresbericht Stellung zu nehmen. Kollege Hemmann vom Verbandsvorstand leitete die Vorbesprechung und berichtete über bemerkenswerte Vorgänge bei den Sektionen München, Berlin und Dortmund. Im Anschluß daran fand eine rege Aussprache statt. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß dringende Abhilfe notwendig sei, um die Verwendung von Säuren zur Reinigung der Metallfässer und -botliche zu vermeiden. Wiederholte Todesfälle

Nur in der Einigkeit liegt unsere Macht!

Am 4. Juli ist der 28. Wochenbeitrag fällig

seien ein ernstes Warnungszeichen dafür. Ohne große Schwierigkeiten wäre es möglich, einen besseren Maschinenschutz durchzuführen. Besonderes Augenmerk sei auf die Gefahren der Kältemaschinen zu richten. In den Betrieben soll mehr darauf geachtet werden, daß alle Gebrauchsgegenstände zur Abwehr von Unfällen benutzt werden und in gutem, sofort verwendungsfähigem Zustand erhalten seien.

Im Fuhrwesen ereignete sich die größte Zahl der Unfälle und Todesfälle. Zurückzuführen sei dies in erster Linie auf die Antreiberei im Fuhrpark. Die Louren könnten nicht schnell genug erledigt werden. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß die Berufsgenossenschaft darauf achten soll, daß die Zugänge und Treppen zu den Bierkellern von den Gastwirten besser in Ordnung gehalten werden. Revisionen der Betriebe fänden viel zu wenig statt. Aus dem Bericht sei zu erkennen, daß die Arbeitnehmer mit höheren Strafen belegt werden als die Arbeitgeber.

Protest erhoben wurde gegen die Absicht der Berufsgenossenschaften, an die Regierung Anträge zu stellen, mit dem Ziel, das bestehende Gesetz zu verschlechtern. Renten seien nicht zu kürzen, sondern weiter auszubauen. Begeunfälle dürften keineswegs unentschädigt bleiben. Beantragt wurde, daß die Versichertenvertreter im Vorstand wie in der Verwaltung eine Vertretung erhalten. Als Betriebskontrolleure sollten auch in Zukunft Arbeiter Verwendung finden. Außerdem sei erforderlich, daß den Versichertenvertretern Originalberichte der technischen Aufsichtsbeamten vorgelegt werden, um ihre Aufgabe richtig ausfüllen zu können.

In einer Entschliebung, die einstimmig angenommen wurde, wurden alle die auf der Besprechung erhobenen Forderungen niedergelegt. Sie ist dem Reichsversicherungsamt eingereicht worden.

Die Versichertenvertreter waren sich bewußt, daß sie ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn ihnen die notwendige Mitarbeit eingeräumt und diese in engster Verbindung mit der zuständigen freien Gewerkschaft durchgeführt wird.

Bankrott der RGO.

Wir verraten wohl unseren Lesern kaum etwas Neues, wenn wir mitteilen, daß der Versuch der Kommunisten, die Gewerkschaften zu spalten, trotz des großen Kraftaufwandes bisher so gut wie erfolglos geblieben ist. Die Anhänger der Spaltung wollen dies zwar nicht wahrhaben. Sie glauben auch heute noch an die angeblichen Erfolge dieser Maulhelden, weil sie sich täuschen lassen und niemals Gelegenheit nehmen, selbst nachzuprüfen und zu einem eigenen Urteil zu kommen. So vertrauensselig wie die deutschen Anhänger der RGO, sind ihre russischen Auftraggeber nicht. Diese lassen sich nicht durch die mit „revolutionärem Glanz“ zusammengestellten Schlagzeilen der kommunistischen Parteipresse täuschen. Sie sehen die Pleite, die trotz der erheblichen finanziellen Zuwendungen unausbleiblich war. Was liegt also näher, den Strategen in Deutschland einmal ganz gehörig die Meinung zu sagen und sie darauf hinzuweisen, daß das aus Rußland kommende Geld nicht dazu da ist, den kommunistischen Bonzen ein gutes Leben zu sichern, sondern nur dazu dienen soll, die Gewerkschaften von innen heraus auszuhöhlen. Also seht man sich in Moskau hin und schrieb einen Brief — er ist nachzulesen in der „Roten Fahne“ Nr. 134 — dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Gleichzeitig betrachten wir es als unsere Pflicht, zu betonen, daß die nähere Prüfung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bestätigt hat, daß ungeachtet wiederholter Anweisungen der leitenden Organe der RGO, über die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeit in den reformistischen und anderen reaktionären Gewerkschaften, diese Arbeit seit dem V. RGO-Kongreß sich nicht nur nicht gesteigert, sondern im Gegenteil sich noch vermindert hat. Dieser Zustand darf keineswegs länger geduldet werden.“

An einer andern Stelle heißt es: „Wir haben in Deutschland eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die bisher etwa 250 000 Mitglieder umfaßt, und daneben reformistische und christliche Gewerkschaften, die 5 bis 6 Millionen Mitglieder zählen. Dürfen wir auch nur für einen einzigen Augenblick die ungeheure Rolle vergessen, die diese Millionen spielen?“ Wir fügen hinzu was fehlt, nämlich, daß vergessen wird, welche unwichtige Rolle diese Sekte innerhalb der Arbeiterbewegung spielt.

Wie im allgemeinen, so sind auch die trampfhaften Versuche der RGO-Leute, innerhalb unserer Organisation Bedeutung zu erlangen, erfolglos geblieben. In Berlin haben RGO-Konferenzen auch für unsere Industriegruppen stattgefunden oder sie sollten stattfinden. Zum allergrößten Schmerz der Drahtzieher sind diese wegen mangelnder Beteiligung ins Wasser gefallen. Aus Köln wird dasselbe berichtet. Wer von den irreführten Arbeitern glaubt also noch an die in den kommunistischen Zeitungen bombastisch aufgemachten Erfolge der RGO?

Wo bleibt die Arbeitszeitverkürzung?

Im Reichsarbeitsministerium versammelten sich am 22. Juni die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und die Vertreter der Arbeitgebervereinigungen, um in einer Aussprache über die in der Notverordnung vorgesehene Herabsetzung der Arbeitszeit einzutreten. Die Gewerkschaften haben bei dieser Gelegenheit nochmals ausführlich ihre Stellungnahme zur Arbeitszeitverkürzung dargelegt und mit besonderem Nachdruck darauf verwiesen, daß die Arbeitszeitverkürzung erst dann ihren Zweck erfülle, wenn gleichzeitig ein Zwang zur Einstellung Arbeitsloser gegeben ist. Auch die Notwendigkeit eines Lohnausgleiches wurde betont, da es der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden kann, neben den bisher erfolgten Lohnkürzungen noch durch die Arbeitszeitverkürzung eine Herabsetzung der Löhne auf sich zu nehmen. Die Unternehmer wehrten sich mit Händen und Füßen gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche. Den bereits früher vorgebrachten Einwendungen konnten sie allerdings keine neuen hinzufügen. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin seine Bedenken geltend gemacht und besonders die eintretende Lohnkürzung, die er anscheinend für gegeben hinnimmt, berücksichtigt. Auch die an den folgenden Tagen mit einigen Berufsgruppen geführten Verhandlungen brachten keinen Erfolg, so daß mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß die Regierung mit den Besprechungen lediglich der in der Notverordnung niedergelegten Bestimmung nachkommen wollte, ohne daß es ihr ernstlich darum zu tun gewesen wäre, auf dem Verordnungswege dem Verlangen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Die Regierung darf sich gesattelt sein lassen, daß mit dem ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen das Arbeitszeitproblem nicht aus der Welt geschafft ist.

Hamburg voran!

In der Notverordnung der Reichsregierung ist unter anderem auch die Lockerung des Nachtbrotverbotes vorgesehen. Als erstes deutsches Land hat sich nun Hamburg, das ja die gleichen Rechte kraft seiner Stellung als freie Stadt wie jeder andere deutsche Bundesstaat genießt, gegen die Durchlöcherung des Nachtbrotverbotes ausgesprochen. In der Bürgerschaftssitzung vom 24. Juni wurde von der Sozialdemokratischen Partei, der Volkspartei, der Staatspartei und den Deutschnationalen ein Antrag gestellt, der Senat möge sich mit allem Nachdruck beim Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister dafür einsetzen, daß die in der Notverordnung vom 5. Juni vorgesehene teilweise Aufhebung des Nachtbrotverbotes nicht durchgeführt wird. Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, nicht ohne daß vorher die Kommunisten versucht hätten, diesen Antrag zu Fall zu bringen. Es versteht sich daher auch von selbst, daß die Kommunisten nicht für die Aufhebung der Beschränkung des Nachtbrotverbotes eintreten. Das ist natürlich eine Einstellung, die nicht genügend gebrandmarkt werden kann!

Notleidende Engroschlächtermeister

Ehe das Stück Fleisch in die Hände der Hausfrau kommt, haben Viehhändler, der Viehagent, der Engroschlächter und der Ladenfleischer ihren Profit daraus gezogen. Ob eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Einschaltung so vieler Verdienner zu Recht besteht, soll hier nicht näher untersucht werden. Wenn man nach dem Volksmund urteilt: „Der Prahler nichts, der Stöhner viel“, so geht es besonders den Engroschlächtermeistern auch in der heutigen Zeit nicht schlecht. Den bekannten Ausspruch eines Führers der Landwirtschaft, der seinen Berufskollegen gewidmet war: „Wir müssen schreien, schreien und wieder schreien!“ haben auch sie für sich in ausgiebigster Weise in Anspruch genommen. Sehen wir uns nun einmal die Engroschlächtermeister in Berlin an.

Vorausgesetzt sei, daß wohl in keiner Branche so die Tradition der Großväter gewahrt wird wie in dieser. Neuere Handlungsgrundsätze, technische Verbesserungen der Betriebsführung und Arbeitsformen sind spurlos an ihnen vorübergegangen. In allererster Linie auch der Begriff „menschenswürdige Arbeitszeit und Entlohnung“. Durch die augenblickliche Hauffe der Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterschaft ermutigt, versuchten sie im Frühjahr dieses Jahres trotz Millionen Arbeitsloser, die Arbeitszeit ihrer Gesellen auf 60 Stunden und darüber zu verlängern. Forderungen auf Urlaubskürzungen und Befreiung aller sozialen Tarifbestimmungen gingen nebenher. Nach erfolgreicher Abwehr erfolgte der Angriff auf die Löhne, wo man „nur“ 20 bis 40 Proz. Abbau forderte. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, den die Arbeitgeber anriefen, lehnte einen Schiedspruch auf dieser Grundlage ab. Auch mit unserer Organisation konnte es unter diesen Umständen zu keiner Einigung kommen.

Welche Not die Engroschlächtermeister leiden, geht aus folgendem hervor. Im Jahre 1913 gab es auf dem Schlachthof 314 Großschlächter. 1931 hat sich diese Zahl weit mehr als verdoppelt, also eine Zunahme von über 100 Proz., während die Zahl der Schlachtungen nur um etwa 25 Proz. gestiegen ist. Selbst der Laie wird erkennen, daß es in diesem Gewerbe außerordentliche Verdienstmöglichkeiten gibt, schon deshalb, weil kein Kapital für Betriebsanlagen, die ja von der Stadt gestellt werden, erforderlich und zu verzinsen ist. Dazu kommt ein hundertmaliger Waren- und Kapitalumschlag im Jahr. — Wenn diese Herren heute behaupten, daß durch ihre Initiative die Fleischpreise um 5 Pf. pro Pfund gesenkt wurden, so ist das Demagogie. Das Absinken der Fleischpreise hat seine Ursache in erhöhter Produktion der Landwirtschaft und größerem Angebot in Schweinen. Allein in Berlin war letzteres im ersten Vierteljahr 1931 um 70 000 Stück höher als im selben Quartal 1930. Das ist im Durchschnitt pro Woche ein Mehr von 5000 Stück. Trotz der Senkung der Lebendviehpreise hat man es aber verstanden, seinen gewohnten Gewinn nicht nur zu halten, sondern zu erhöhen. Betrug die Verdienstspanne der Großschlächter zwischen Lebendkauf und Verkauf des geschlachteten Viehs am 25. November 1930 bei einem Lebendpreis von 63 bis 65 Pf. pro Pfund 25,2 bis 30,7 Proz., so stieg sie am 28. April 1931, als die Schweine lebend 41 bis 42 Pf. kosteten, auf 31,6 bis 42,8 Proz. Man sieht also, daß diese Gewerbetreibenden es sehr gut versteht, trotz der Ungunst der Zeit den goldenen Strom in die eigene Tasche zu lenken. Wer aber glaubt, daß das oben erwähnte

Mehr von 5000 Tieren pro Woche, deren Schlachtung 4000 Arbeitsstunden erfordert, auch arbeitslosen Fleischern Beschäftigung brachte, der irrt. Die in den Betrieben Tätigen wurden zu dieser Mehrarbeit gepreßt und durch Entlassungsandrohung zur Unterschrift von Ausgleichsquittungen gezwungen, damit sie nicht etwa für diese Gratisarbeit Ueberstundenforderungen erheben. Wer nicht mitmacht oder gar rebelliert, fliegt. Es muß leider auch gesagt werden, daß Schlachthofdeputation und -direktion diesem Treiben durch allzu große Nachgiebigkeit bezüglich der Verlängerung der amtlich festgesetzten Schlachtzeiten, der Schlachthoföffnung und vieles andere, Vorschub geleistet und begünstigt haben. Hierdurch wird die Besetzung vorhandener Arbeitsplätze verhindert.

Die Bank für Brauindustrie

Das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 der Bank für Brauindustrie, Berlin-Dresden, ist in jeder Hinsicht erfolgreich gewesen. Der Reingewinn hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7000 Mark auf 1576 000 Mark erhöht. Aus ihm werden 11 Proz. Dividende ausgeschüttet. Der Aufsichtsrat erhält 111 000 Mark Lantime, zum Vortrag kommen 52 000 Mark. Zur Begründung dieses sehr guten Abschlusses heißt es im Geschäftsbericht, daß in dem Ergebnis die Dividenden der Brauereiaktien enthalten sind, die sich in der Mehrzahl auf der Höhe des Vorjahres gehalten hätten. Einen besonderen Gewinn stellt die Ausnützung des Körperschaftssteuergesetzes dar, demzufolge die Steuerausgaben von 423 000 auf 314 000 Mark oder von 19 auf rund 15 Proz. der Bruttoeinnahmen herabgedrückt wurden. Trotz dieses Steuererleichterung wird im Bericht lebhaft darüber geklagt, daß Deutschland es bisher unterlassen habe, Steuererleichterungen für Holding-Gesellschaften zu schaffen, ähnlich wie sie in Amerika, England und in einigen anderen Ländern vorzufinden sind. Auch auf die Erhöhung der Reichs- und Gemeindesteuern geht der Geschäftsbericht ein und stellt fest, daß sich für das Reich aus der Biersteuererhöhung vom 1. Mai 1930 nicht der erwartete Mehrertrag von 200 Millionen Mark ergeben hat, sondern nur ein solcher von 76,8 Millionen Mark. Der Rückgang des Bierabfahes betrage im Durchschnitt ungefähr 25 Proz. Es sei bekannt, daß ein Rückgang von 31,5 Proz. bereits den gesamten errechneten Mehrertrag völlig aufzehre. Es wird dann noch darauf hingewiesen, welche Ausfälle in anderen Steuern zu verzeichnen sind und wie das Braugewerbe durch Betriebseinschränkungen, Entlassungen, sowie das Gastwirtsgerwerb und die Landwirtschaft durch den Verbrauchsrückgang geschädigt werden.

Von besonderem Interesse ist der Hinweis auf die wieder in Erscheinung tretende Zusammenstoßbewegung in der Brauindustrie. Besonders erwähnt wird die Beteiligung der Dortmunder Ritter-Brauerei an der Brauerei Westfalia in Münster, ferner der Zusammenschluß der Reichelbräu mit der Kulmbacher Rizzibräu und der Marigrabenbräu. Weitere Zusammenschlüsse bzw. Stilllegungen ständen wieder in großer Anzahl zur Erörterung.

Der Abschluß der Bank für Brauindustrie entspricht ganz den Geschäftsabschlüssen der Brauereien, die fast alle, trotz Krise, hinreichende Dividenden ausschütten konnten. Der Hinweis auf die bevorstehende Konzentration der Bierzeugung besagt nichts Neues, denn nachdem die Kontingentierung in der Brauindustrie aufgehoben wurde, durfte man erwarten, daß die kapitalkräftigen Betriebe alles daran setzen werden,

um ihre Produktionsanlagen voll auszunutzen zu können. Durch den Rückgang des Bierabfahes mußte sich naturgemäß das Bestreben nach voller Ausnutzung der Betriebe erhöhen.

Die Arbeiterschaft in den Brauereien wird auf dem Posten sein und dahin wirken, daß bei weiteren Fusionen nicht nur die Interessen der Aktionäre, sondern auch ihre Interessen gewahrt werden.

Milchproduktion 1930

Die monatlichen Erhebungen über die Milchlieferungen in den Molkereien werden erst seit einem Jahr durchgeführt. Das jetzt vorliegende Gesamtergebnis dieser Erhebungen für das Jahr 1930, das in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 10/31, veröffentlicht ist, gewährt einen interessanten Einblick in diesen für die deutsche Volkswirtschaft so wichtigen Produktionszweig. Leider haben nicht alle Molkereien regelmäßig berichtet, so daß sich die Erhebungen lediglich auf 1529 regelmäßig berichtende Molkereien erstrecken konnten. Das Bild, das sich trotz dieses Mangels ergibt, ist äußerst vielseitig und aufschlußreich. Es werden nämlich nicht nur die von der Natur bedingten jahreszeitlichen Schwankungen genau aufgezeigt, sondern auch erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Landesteilen innerhalb Deutschlands festgestellt.

Die größten Schwankungen werden an den Küstengebieten der Nord- und Ostsee ermittelt. Dort ist die Milchlieferung in den Monaten Mai und Juni mitunter mehr als doppelt so groß als in den Wintermonaten. Wesentlich geringere Schwankungen sind in den übrigen Gebietsteilen festzustellen. In Nord- und Westdeutschland fällt die Hauptlieferung wohl auch in die Monate Mai und Juni, doch fehlt hier die Steigerung bereits im Januar und Februar ein. Fast dasselbe Bild ergibt sich in Schlesien und Mitteldeutschland. Ganz anders liegen die Verhältnisse in Süddeutschland. Die angelieferte Milchmenge steigt hier zu Beginn des Jahres an, sinkt jedoch im März und April bereits wieder ab. Einer vorübergehenden Steigerung im Mai folgt ein langsames Absinken und erst im September beginnt die Anlieferung wieder zuzunehmen. Allerdings sind auch hier die Schwankungen innerhalb der verschiedenen Gegenden unterschiedlich.

Als Ursache dieser Schwankungen können in erster Linie die verschiedenartigen Futterverhältnisse genannt werden. Während einige Landesteile nur auf Wiesenfutter angewiesen sind, können in anderen Teilen neben dem Wiesen- und Feldfutter noch wertvolle Abfälle der Feldfrüchte (Zuckerschmelze und Schlempe) zur Fütterung verwendet werden.

Die gesamte, täglich in den 1529 Berichtsmolkereien angelieferte Milch betrug im Jahresdurchschnitt 10,32 Millionen Liter. Die Tageslieferung im Mai ist mit 12,70 Millionen Liter die höchste gewesen. Am niedrigsten lag die Novemberanlieferung mit 8,76 Millionen Liter. Von den einzelnen Landesteilen lieferte die Provinz Hannover mit täglich 123 000 Liter Milch die größte Menge.

Ebenso wie die Quantität, so ist auch die Qualität starken Schwankungen unterworfen. Als Jahresdurchschnitt für ganz Deutschland wurde 3,2 Proz. Fettgehalt ermittelt. In den Herbstmonaten lag dieser Durchschnitt etwas höher, während er in den Monaten April bis Juli etwas niedriger lag. Den höchsten Jahresdurchschnitt der einzelnen Landesteile weist Hohenzollern mit 3,8 Proz. und Bayern, Württemberg und Baden mit 3,6 Proz. auf.

„Hopfen und Malz in der Pfalz!“

Es bedarf eigentlich keines Hinweises, daß das Bier in der Pfalz seit alten Zeiten zu Hause ist, denn schon der Name „Hoppe“ beweist dies. Es ist das altdeutsche Wort für Hopfen, das der Dialekt in der Pfalz noch erhalten hat. Man könnte dabei vielleicht annehmen, daß damit der wildwachsende „Feldhopfen“ gemeint ist. Aus einem Schenkungsbriefe Pipins aber wissen wir, daß es schon Hopfengärten in der fränkischen Zeit gab, und von Abt Adelhart, 822, ist bekannt, daß er die Müller seines Stiftes von der „Hopfenarbeit“ befreite. Auch in Freisingischen Urkunden des 9. Jahrhunderts werden „Hopfengärten“, mithin schon vor mehr als tausend Jahren, erwähnt. Demnach waren nicht nur die heute noch geschätzten und bebauten Hopfenstricke bekannt, sondern man trieb schon „Hopfenkultur“. Diese erstreckt sich auf die Gewinnung der weiblichen Blüte der Pflanze, die allein Brauzwecken dient. Das Hopfen des Bieres ist eine deutsche Erfindung; von uns haben andere Völker die Anwendung dieser Würzung erst gelernt.

Das „Brauen“ selbst ist jedoch viel älter. Die Herstellung von Bier ist vielleicht so alt wie der Körnerbau selbst. Beachtenswert ist es, daß fast alle alten Kulturvölker schon eine „Art Bier“ herstellten und brautechnische Kenntnisse besaßen. Stets wird man die Brauerei mit dem Baden, das zuerst die Frauen im Haushalt betrieben, vereinigt finden. Und noch im Mittelalter sind Brauer und Bäcker in vielen Gegenden ein und dasselbe Gewerbe.

Wein und Bier haben stets gute Nachbarschaft gehalten. Die Römer bestätigten dies schon, indem sie vom „Gerstenwein“ der Deutschen, dem sie allerdings keinen Geschmack abgewinnen konnten, sprachen. Ähnlich wie beim Bier verfahren die Alten, indem sie den Wein durch allerlei Zutaten „würzten“. Beide sind ein Produkt der Gärung. So mag auch jene Anführung zu verstehen sein. Zur Würzung des Bieres diente neben Fruchtjäften vor allem der Honig, der überwiegend ebenfalls zur Erzeugung eines besonderen Getränkes, des „Met“, diente. Unsere ältesten Urkunden unterscheiden daher sehr genau zwischen „gehonigtem“, d. h. gesüßtem Bier und Met. Und schon die Edda erwähnt diese gehaltvollen deutschen Getränke.

Das „süße“ Bier ist vermutlich eine sehr alte Form dieses flüssigen Nahrungsmittels. Der starke Biergenuß der alten Deutschen, der so oft erwähnt wird, bezeugt also nichts anderes, als daß sie am längsten und zähesten von allen Völkern an dieser uralten, gehaltvollen Nahrung festhielten, als schon die Antike längst die starken alkoholischen Getränke bevorzugte. Das für den Hausgebrauch gebrauchte obergärige Bier besaß nur wenig Alkohol, stärker war das „gesüßte“ Bier und, aus ganz selbstverständlichen Gründen, bevorzugend der „Met“.

Die häufige Erwähnung von Bier und Met in den alten Urkunden sowie Liedern der Edda dürfte durch diesen Hinweis verständlich werden. Die Römer scheinen diesen Unterschied, wie sich aus vielen Quellen ergibt, nicht gefannt zu haben. Denn noch später, Ende des 13. Jahrhunderts unterzeichnet z. B. Simon von

Genua beides nicht, denn, wie er selbst erwähnt, war dort die Anwendung des Hopfens nur als „Arzneipflanze“, nicht aber die deutsche Hopfenwürze für Bier, im Gebrauch. Von den Ägyptern scheinen sie dagegen zu diesem Zwecke die Würzung mittels Lupinen gelernt zu haben, wovon der Name „Lupulus“ hergeleitet sein soll. Dem gleichen Zwecke sollen auch die heute noch beliebten „Reitgawurzeln“ gedient haben.

Alle pfälzische Urkunden, und zwar die „Abgabenregister“ des Klosters Weisenburg, also vor tausend Jahren, bestätigen, daß man auch hier die Braukunst übte. Unter den Leistungen oder Steuern, welche die pfälzischen Zinspflichtigen dieses Klosters zu liefern hatten, wird neben Brot auch die Abgabe von Bier verlangt! Es waren dies demnach ganz besonders geschätzte Lebensmittel. Die Niederschriften, die bis zum Jahre 999 zurückreichen, enthalten öfter die Nachricht über „Brotbacken“ und „Bierbrauen“, das die Frauen erledigten! So gewonnenes Bier mußte rasch verbraucht werden und die Betonung der Lieferfrist war darum auch aus Gründen der Einhaltung der Ordnung sehr zweckmäßig. Die Biere hielten sich nämlich nur kurze Zeit und erst nach Anwendung von Hopfen scheint man Lagerbiere gebraut zu haben. Trotzdem meinten die alten Schriftsteller, dieser „trockne“ den Körper aus und erzeuge „Melancholie“, loben aber seine Kraft und betonen, daß er die „Fäulung“ des Getränkes verhindere. Daß die Jahreszeit beim Brauen damals eine besondere Rolle spielte, geht aus Vorschriften hervor, die forderten, daß man nur von „Michaeli bis Walpurgis“ brauen solle!

Deutsche Kinder in Frankreich

Der französische Gewerkschaftsbund hat im Frühjahr dieses Jahres sämtliche wichtigen französischen Hilfsorganisationen zu einer großen Versöhnungsgeste zusammenberufen und ihnen vorgeschlagen, die Mittel dafür aufzubringen, 250 Kinder deutscher Arbeitsloser nach Frankreich einzuladen. Obwohl auch Frankreich gegen eine drohende Wirtschaftskrise ankämpft, wurde dieser Gedanke überall freudig aufgenommen, so daß man umgehend zur Durchführung der Aktion übergehen konnte. Leon Blum, der Führer der französischen sozialistischen Partei, schrieb in der Pariser Sozialistenzeitung „Populaire“ einen begeisterten Artikel, in dem er darauf hinwies, wie glänzend der Gedanke der Gewerkschaften sei und wie notwendig es ist, daß er gerade in der gegenwärtigen Zeit der deutschen Arbeitslosigkeit allgemein unterstützt zu werden verdient. 150 000 Franken waren zur Ausführung des Projektes durch Spenden aufzubringen.

Der französische Gewerkschaftsbund setzte sich mit den Konsumgenossenschaften in Verbindung. Diese haben zwei eigene Heime für Erholung von Kindern auf der Insel Oléron an der französischen Westküste. Nach dem „Maison heureuse“, dem „Glücklichen Haus“, dem schöneren und größeren der beiden Heime, wurden die Kinder eingeladen. Die Auswahl erfolgte in Deutschland meist durch die Schulbehörden. Insgesamt nahmen teil 100 Hamburger, 50 Nürnberger, 44 Berliner und 50 Leipziger Kinder, Buben und Mädchen zu gleichen Teilen, im Alter von 12 bis 15 Jahren.

Schon auf der Herfahrt wurden die Kinder vom „Erbfeind“ überall glänzend aufgenommen. In Paris wurde ihnen bei der Durchfahrt gelegentlich eines kurzen Aufenthaltes von einigen Stunden versprochen, daß sie später bei der Rückreise zwei Tage in Paris bleiben dürften, wo man ihnen die Kolonialausstellung zeigen werde und den Eiffelturm, nach dem sie alle gleich suchten.

Als die Kinder dann die Nacht durch von Paris zur Insel Oléron fuhren, klopfte es nachts um 3 Uhr, als der Zug gerade im Bahnhof des Ortes Saumur stand, an das Fenster eines Abteils, in dem deutsche Kinder saßen, und eine Stimme fragte sich in deutscher Sprache mit französischem Akzent zurecht: „Sind hier die deutschen Kinder?“ Als von innen ein verschlafenes „Ja!“ antwortete, bekamen die Kinder ein großes Paket mit Süßigkeiten. Man erfuhr später, daß eine französische Lehrerin die Spenderin war, die es sich nicht hatte nehmen lassen, mitten in der Nacht mit Gatten und Sohn an den Bahnhof zu kommen, um auf diese herzliche Weise die Kinder deutscher Arbeitsloser zu begrüßen.

Raum war die Ankunft der kleinen Karawane auf der Insel Oléron bekanntgeworden, da sammelte sofort der Lehrer des Ortes Dolus (auf der Insel Oléron) seine Schulkinder um sich, um den deutschen Kindern mit Erdbeerkörben und Blumensträußen entgegenzugehen. Im Ort Boyardville selbst, wo die Kinder vier Wochen lang verweilten, wurden sie ebenfalls allenthalben auf das freundlichste behandelt. Ein Kind wurde auf der Landstraße von einem Radfahrer mitgenommen, um es in das Heim zurückzubringen, aber schon jagte ein zufällig vorbeikommender Autobesitzer dem Radler das Kind ab und brachte es im Auto heim. Der Arzt des Ortes St. Pierre (auf der Insel Oléron), der gleichzeitig dort Bürgermeister ist, mußte einmal ein Kind behandeln, das eine Mandelentzündung bekam, aber er

verlangte keinerlei Honorar dafür: „Ich tue das gern für die deutschen Kinder.“

Den Kindern ging es glänzend. Sie badeten jeden Tag am Strand des Atlantischen Ozeans und wurden dabei von der Sonne ganz braun und schwarz gebrannt.

Zehn deutsche Lehrer sind der Kinderschar zur Beaufsichtigung beigegeben, und als Dolmetscher fungiert eine Elsässerin, weil dadurch besonders betont werden soll, daß das Elsaß ein Mittler zwischen Deutschland und Frankreich sein soll und kein Streitapfel. Der französische Gewerkschaftsbund hat sich durch die Inangriffnahme und durch die ausgezeichnete Durchführung dieser schönen Versöhnungsgeste in den Herzen der jungen Kinder ein dauerndes Denkmal gesetzt.

Das neue Brotgesetz

Auf Grund der Zweiten Verordnung ist das bestehende Brotgesetz abgeändert worden. Die neue Fassung des Gesetzes, die wir nachstehend zum Abdruck bringen, ist am 9. Juni in Kraft getreten.

§ 1.

Bei Brot (einschließlich des Kleingebäcks), für das als Getreideerzeugnisse ausschließlich oder überwiegend Mahlerzeugnisse des Weizens verwendet werden, ist ein Zusatz von Kartoffelstärkemehl bis zu 10 Proz. der Mahlerzeugnisse ohne Kenntlichmachung erlaubt.

§ 2.

Brot, für das ausschließlich oder überwiegend Mahlerzeugnisse des Roggens verwendet werden, darf gewerbsmäßig nur in bestimmten Gewichten hergestellt werden.

Das Gewicht des frischen Brotes muß mindestens 500 Gramm betragen und durch 250 teilbar sein. Das Gewicht ist von dem Hersteller auf dem Brote für den Käufer leicht erkennbar anzugeben.

Ohne die vorgeschriebene Angabe (Abs. 2) darf Brot der im Abs. 1 genannten Arten ungeteilt gewerbsmäßig nicht angeboten, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden.

Die Vorschriften in den Abs. 1 bis 3 gelten nicht für Brot bis zu 250 Gramm.

§ 3.

Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats nähere Bestimmungen über die nach § 2 Abs. 2 Satz 2 erforderliche Angabe treffen.

Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden erlassen Richtlinien über die Berücksichtigung von Fehlergrenzen bei der Gewichtsnachprüfung.

§ 4.

Die Vorschriften des § 2 gelten auch für die Betriebe der Genossenschaften und ähnlicher Vereinigungen.

§ 5.

Mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich einer der Vorschriften des § 2 oder einer auf Grund des § 3 Abs. 1 getroffenen Bestimmungen zuwiderhandelt. Ist die Zuwiderhandlung fahrlässig begangen, so tritt Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark ein.

§ 6.

Es ist verboten, Roggen oder Weizen, der durch Gofin oder in sonstiger Weise als ausschließlich zur Viehfütterung bestimmt gekennzeichnet ist, oder Mahlerzeugnisse solchen Roggens oder Weizens zu anderen Zwecken als zur Viehfütterung zu verwenden oder in den Verkehr zu bringen.

Wer vorsätzlich einem der Verbote des Abs. 1 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer die Tat fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe können in den Fällen des Abs. 2 die Gegenstände eingezogen werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, auch wenn sie dem Beurteilten nicht gehören.

§ 7.

Die Vorschriften des Lebensmittelgesetzes vom 5. Juli 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 134) bleiben vorbehaltlich der Vorschrift des § 1 unberührt.

§ 8.

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der §§ 1, 6, 7 am 30. September 1932 außer Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der §§ 1, 7 bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats.

Wie Kommunisten das Kapital bekämpfen

Durch den Zusammenbruch des Konsumvereins Halle, der ausschließlich auf die Katastrophenpolitik der Kommunistischen Partei zurückzuführen ist, wird die Öffentlichkeit wieder einmal auf das wahre Gesicht dieser sonderbaren Arbeiterpartei aufmerksam. Bei jeder sich nur irgendwie bietenden Gelegenheit wird das Maul überreichlich vom „Kampf gegen Kapitalismus“ vollgenommen. Wie die Praxis aussieht, zeigt nachstehender Schnorrbrief den die „Klassenkämpferischen“ Kommunisten an den Versicherungskongressen Gerling richteten, um von ihm Geld zu erhalten. Man schämt sich nicht nur, die Arbeiterschaft zu verraten, sondern man schreckt auch vor der eigenen Prostitution nicht zurück. Ein Auszug dieses Briefes verdient es, kommentarlos unseren Lesern zur Kenntnis gebracht zu werden:

Mit uns sympathisieren eine ganze Reihe Konsumvereine in Deutschland, die sich in einem Lösungsprozeß von der GGG befinden. Außerdem vertreten wir die große Minderheit der drei Millionen Mitgliederfamilien des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Diese Minderheitsbewegung hat eine scharfe Einstellung gegen die Zentralinstanzen der Genossenschaftsbewegung, gleichzeitig aber auch gegen die sozialdemokratisch geleitete „Volksfürsorge“. Durch das rigorose Vorgehen der Zentralinstanzen der Genossenschaften stellen wir heute schon in Tausenden von Fällen eine starke Stimmung gegen die „Volksfürsorge“ fest. Wir sind dabei, auch diesen Kampf gegen die „Volksfürsorge“ zu organisieren. Dies hat aber zur Folge gehabt, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine die hypothekarisch bei uns angelegten Darlehen gekündigt hat. Der Allgemeine Konsumverein Halle hat am 28. Mai auf Grund dieser Kreditentziehung seinen Termin im angemeldeten Vergleichsverfahren. Bis dahin ist dringend notwendig, eine Entscheidung herbeizuführen, ob der Allgemeine Konsumverein Halle für sein Grundstück in der Landsberger Straße die Hypothek des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Betrage von 400 000 Mk. ablösen kann.

Wir bitten Sie höflichst, sich mit dem gesamten Fragenkomplex noch einmal zu beschäftigen. Notfalls bitten wir Sie dringend, zu ermöglichen, daß unser Herr Ertinger in einem Vortrag, eventuell in Köln, Ihren Herrn Generaldirektor auf die Gesamtchancen usw. aufmerksam macht.

Bei wenigen Völkern spielt das Bier eine solche Rolle wie bei den Deutschen. Wenn man also hier von kulturellen Einflüssen spricht, darf man wohl behaupten, daß die damit zusammenhängenden Ergebnisse deutschem, vor allem süddeutschem Boden entsprungen sind. Auch in der alten Zeit, in Krieg und Frieden, spielte das Bier eine ganz bedeutende wirtschaftliche Rolle als Einnahmequelle. Kein geringerer als Friedrich der Große betonte ferner seinen Wert als Nahrungsmittel, indem er sagte, daß er selbst mit „Biersuppe“ aufgezogen wurde.

Auch in der Pfalz hatte das gewerbliche Brauwesen schon früh einen gewissen Einfluß. In Speier wird z. B. schon im Jahre 1349 die Erhebung von „Bierumgeld“ in alten Urkunden angeführt.

Wie im weiteren eine kurfürstliche Verordnung des 15. Jahrhunderts über den Verbrauch von Wein und Bier beweist, schätzte man die Brauereien schon damals entsprechend ein. Als Steuerzahler natürlich, indem das zehnte Maß als „Umgeld“ erhoben wurde. Damals hatte man z. B. in Heidelberg anscheinend noch keine selbständigen Bierbrauer; im Jahre 1588 werden aber schon drei „Biersieder“ neben einem „Bierbrauer“ genannt; im Jahre 1603 waren dortselbst zehn Brauereien infolge der schlechten Weinjahre entstanden.

Wie man in der Pfalz über ein gesundes Bier dachte, bezeugt vor allem die Heidelberger Bierordnung dieses genannten Jahres. Es durfte das Bier nur aus „drei Stücken: Malz, Hopfen und Wasser“ hergestellt werden. Auch von Mannheim stammen alte Vorschriften ähnlicher Art aus etwas

späterer Zeit. Daß es nicht bei den Verordnungen allein blieb, beweisen die in den dortigen Stadtakten enthaltenen „Strafregister“ und anschließende Verhandlungen, die ein recht anschauliches Bild jener „guten alten Zeit“ geben. Am besten bezeugt dies vielleicht schon der berühmte Arzt „Tabernaemontanus“ aus Bergzabern (Pfalz), über den in einer alten Schrift folgendes zu lesen ist: „Die Engländer und Holländer mischen Zucker, Zimmetrinden, Nagelein und andere Gewürze; Item Lorbeer, Scharlachkraut und dergleichen, das geht nach eines jeden gusto zwar hin. Tabernaemontanus aber sagte: Es werde das Bier bereitet, wie es wolle, so jene doch keines nützlicher und besser, denn das, so allein aus Malz von gesunder Frucht gemacht, und mit Hopfen bereitet wird.“

Auch die Ueberwachung des Brauerfahrens war schon im Gange. Zu diesem Zwecke war das Amt der „Bierlöster“ oder „Bierleser“, die etwa den Weinstichern entsprechen, eingerichtet. Diese Aufsichtspersonen hatten das Bier zu prüfen und zu bewerten und die Malzdarren auf Feuergefährlichkeit zu untersuchen. Der Brauer hatte nach vollendetem Sud ferner eine „Brauereifsteuer“ und von jedem Ohm Bier, das an Gastwirte verkauft wurde, eine Abgabe zu leisten. Der erste Hinweis läßt darauf schließen, daß es sich um „Leihfessel“, die der Rat stellte, handelte. Eine Vorsorge, zum Wohle gemeiner Bürgerschaft, der man z. B. auch in Kaiserslautern begegnet.

Um das Jahr 1600 scheint sogar, wie ein Hinweis dazutut, bei der Universität eine Art „Lehrbrauerei“ bestanden zu haben, von der der dortige „Biersiedersteig“ seinen Namen hat.

Ende des 17. Jahrhunderts erfolgte an Stelle des „Biersiedergeldes“ der „Malzausschlag“, der sich nach dem Inhalt der Säcke an geschrotetem Malz richtete. Und jene Zeit bildet den Uebergang der uralten „Hausbrauereien“ zur „gewerblichen Brauerei“. Bis dahin hatten nur Klöster und Herrschaften vereinzelt in größerem Umfange Bier hergestellt. In Zweibrücken z. B. findet man im 16. Jahrhundert eine „herzogliche Brauerei“ erwähnt, die vorzugsweise nur für den Hof Bier herstellte, und die Brauer in Kaiserslautern werden in der Stadtgeschichte vielfach genannt. Soweit sich dort Nachrichten in den Stadtakten erhalten haben, scheinen sie nicht unbedeutend gewesen zu sein. Schon im Jahre 1591 hatte man die „Biermacher“ angezeigt, weil sie schlechtes Bier herstellten. Die Bestimmungen scheinen dieselben wie in der pfälzischen Residenz gewesen zu sein. Auch in Deggersheim hatte die Stadt wohl schon lange mit dem Brauwesen zu tun gehabt, denn im Jahre 1683 wurde bestimmt, daß die Stadt vom „Bier nichts genießen solle“, d. h. keine Steuer gestattet sei! Und heute?

Daß das Bier bei Truppendurchmärschen in Kriegzeiten auch eine Rolle spielte, sei nur kurz erwähnt. So hatte z. B. im Jahre 1798 die Stadt Mainz an die Franzosen große Mengen Bier zu liefern, die für die Stadt eine bedeutende Summe ergaben. Eine der ersten Steuern erfolgte damals auf die Getränke, darunter auch auf das Bier, zu der kam im Jahre 1808 die sogenannte „Transportsteuer“. Also auch früher mangelte es nicht an Abgaben! G. F.

Jahresbericht des Hamburgischen Gewerbeaufsichtsamtes

Das Gewerbeaufsichtsamt Hamburg hat für das Jahr 1930 einen umfassenden Bericht seiner Tätigkeit herausgegeben. Natürgemäß interessieren uns die Verhältnisse in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie am stärksten, weshalb näher auf sie eingegangen werden soll. Betriebsbeschäftigungen in diesem Gewerbebezirk wurden 4757 durchgeführt, davon nachts 17, an Sonn- und Feiertagen 23 und Unfallunterbungen 87. Wegen Uebertretung formeller Vorschriften wurde 135mal, wegen Vergehen gegen die Beschäftigung weiblicher, männlicher und jugendlicher Arbeitnehmer 60mal und wegen unvorschriftsmäßiger Anlagen 188mal eingeschritten. Der Bericht stellt dann fest, daß es durch technische Maßnahmen möglich war, bzgl. der Nacht- und Sonntagsarbeit einen erträglichen Zustand herzustellen. Recht interessant ist auch die Feststellung, daß sich das Kleinhandwerk immer mehr der maschinellen Vestaugestaltung der Betriebe zuwendet, wodurch viele Arbeitskräfte freigesetzt werden. So beschäftigte das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 1930 gegenüber 1929 rund 1600 Arbeitnehmer weniger. Soweit die Uebertretung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe und der Nachtarbeit in Frage kam, wurde in 69 Fällen Strafantrag gestellt. 44 Geldstrafen in Höhe bis zu 200 Mk. wurden verhängt. Gegen das Nachtbaderverbot wurden 17 Verstöße festgestellt. Es erfolgten sieben Verurteilungen von 30 bis 500 Mk. Geldstrafe. Ein Bäckermeister wurde mit 500 Mk. bestraft, weil er des Nachts in einem verborgenen, baupolizeilich unzulänglichen Keller arbeiten ließ. Ein Konditormeister wurde mit 200 Mk. bestraft, weil er mehrfach länger als 9 Uhr abends arbeiten ließ. Ausnahmen vom Nachtbaderverbot wurden in sieben Fällen zugelassen. Fünf Verfahren konnten durch Verstrafung abgeschlossen werden, wobei ein Konditormeister mit 300 Mk. Geldstrafe belegt wurde, weil er gegen den § 1 der Bäckerei-Arbeitszeitverordnung verstieß. Siebenundfünfzig Verstöße wurden gegen die Sonntagsruhebestimmungen festgestellt und geahndet. Es wurden Geldstrafen bis zu 70 Mk. verhängt. Auf was für sonderbare Einfälle die Arbeitgeber kommen, beweist, daß eine Kaffeerösterei wegen der bevorstehenden Jollerhöhung 8 Arbeiterinnen von 8 bis 10 Uhr abends arbeiten ließ.

Ein längeres Kapitel ist dann der Durchführung des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft gewidmet. Die Erhebungen betrafen u. a. 28 Schwangere der Darmbranche, 17 der Fischbetriebe, 42 der Süßwarenindustrie und 19 der Teebetriebe und Kaffeeröstereien. Das entspricht 18,9 Proz. der Gesamtfälle von 500. Weiter wurde festgestellt, daß 484 Kinder gewerblich beschäftigt werden.

Daß es auch in unseren Berufen noch eine ganze Anzahl Auswüchse, trotz bestehender Verbote, gibt, beweist die Tatsache, daß durch Injektion geübter Kondoneinwicklerinnen für Hausarbeit gesucht wurden. Leider konnte der Interzess nicht ermittelt und bestraft werden. Recht erheblich wurde ein Bäckermeister mit 40 Mk. und ein anderer mit 150 Mk. bestraft, weil sie ihre Verkäuferinnen erheblich lange beschäftigten. Im großen ganzen, so wird festgestellt, kamen bei der Durchführung des Gesetzes kein Ladenschluß keine Verstöße vor.

Die Zahl der Unfälle stieg im Jahre 1930 um 27 auf 268, wovon das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe an fünfter Stelle steht. Tödlich verlaufen sind 8, und der Gesamtanteil auf je 100 Arbeitnehmer beträgt 2,9 Proz. Erwähnenswert ist die Feststellung des Berichtes, daß die Schutzvorrichtungen an den Maschinen der eigenen Bequemlichkeit halber beseitigt wurden. Bei den Berufsranheiten wurden in 15 Fällen Hautmüllbrand, bei einem Fleischergehäuer Papageierkrankheit und Erysipel bei Säckern und einer Verkäuferin festgestellt. Bezüglich der gewerbehygienischen Einrichtungen wurden 34 Schlafräume beanstandet.

So bietet auch diesmal der Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes Hamburg wieder außerordentliches Material, das einen Einblick in die sozialen Verhältnisse der im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe Beschäftigten gestattet.

Nazis entzappen sich

Es gab einmal eine Zeit, wo sich das deutsche Volk glücklich schätzte, von den fürstlichen Despoten befreit zu sein. Seder in aber die Republik mit ihren Gegnern sehr schonend umgegangen und es nimmt deshalb nicht wunder, wenn sie jeden Tag dreifach werden.

Der kaiserliche Hofmeister Friedrichsprinzipal August Wilhelm, kurz „Kuni“ genannt, hat in einer öffentlichen Versammlung der Reichswehr im Braunschweig den Hitlerjungen näher erläutert. Nach der Meinung dieses „Arbeiterführers“ sei es nur Hitler zu verdanken, daß wir auch heute noch hierher kommen. Das eben ist „Hitlerjungen“, daß jeder einen besonderen Platz einnehmend auf den

richtigen Platz gestellt würde. Adolf Hitler sei ja, auch dem deutschen Volke von Gott gesandt worden!

Mit diesem Bekenntnis des Hohenzollernprinzen wird der Kurs der Nazi-Partei immer deutlicher. Es ist nicht nur bezeichnend für diese „Arbeiterpartei“, daß sich in ihr abgetafelte Hohenzollern etablieren können, sondern es wird genau wieder wie früher dem „Volk“ einzublauen versucht, daß „jede Obrigkeit von Gott ist“. Nun, Hitler soll ja der Diktator fürs Dritte Reich werden und er wird jetzt schon als Gottgesandter glorifiziert, nicht als österreichischer Delektur, der er in Wirklichkeit ist. Früher hieß es: „Ich, Kaiser von Gottes Gnaden —“ und nun sind wir schon so weit, daß es bald heißen wird: „Ich, Arbeiterführer (Hitler) von Gottes Gnaden —“ Eine höchst merkwürdige „Arbeiterpartei“ mit ihrem monarchistischen Gottesgnadentum!

Nazi-Blüten

In Zeit wurden wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern von 4 bis 12 Jahren zwei Bäckermeister, Vater und Sohn, Gustav und Kurt Hohmann, festgenommen. Zwei rauhe Kämpfer der Münchener Dina sind in ihrem jugendlichen Latendrang an unschuldigen Proletariatskindern zu Fall gekommen. Sie benutzten den Hunger der armen Kinder, um sie für ihre verbrecherischen Handlungen zu gewinnen. Mit Kuchen und Schokolade lockten diese Hitler-Kolaken. Die beiden sonst auf Kriegsjahre lebenden Süßen der Nazi waren sich in ihren jugendlichen Schandtat einig. Die Bäckstube war der Schauplatz ihrer verabscheuungswürdigen Vergehen. Der Sohn sah sich außerdem nach älterem Freiwild um und griff das 16jährige Dienstmädchen. Weil diese die Angelegenheit ihrer Arbeitgeberin hinterbrachte, wurde sie schleunigst entlassen.

So sehen die jüdischen Erneuerer im Dritten Reich aus, die deutsche Sitte und Moral in Erbpacht genommen zu haben vorgeben. Als nichtswürdige und gemeine Verbrecher, die sich an mehrlosen Kindern vergingen, sind diese Hakenkreuzler-Ehrenmänner und duffen Blüten entlarvt.

Eingänge bei der Hauptkasse

Sam 19. Juni 1931 bis 21. Juni 1931.
Kassendebitor der Hauptkasse: Berlin 12 873 Reichsmark, und
Geldstellenbetriebe — Hauptverrechnung C. n. z. S. Berlin 28 40.)

Umsatze:

Brot 14. —, Kuchen 20. —, Gebäck 20. —, Zinsen 20. —, ...

Sonstiges:

Schaden 100. —, ...

Korrespondenzen

Berlin. (An den Frangar) Unter Wirkung der freien Gewerkschaften sind ernsthafte Forderungen im Gange, durch Einführung der 40-Stunden-Woche die Arbeitszeit zu verkürzen. Im Gegensatz dazu müssen wir immer wieder feststellen, daß den in der jetzigen Zeit völlig unzureichenden gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit von Seiten des Kleinhandwerks keine Beachtung geschenkt wird.

Fleischermeister Schmidt, Weizenitz, ist ein solcher Vertreter des Handwerks. In seinem Betrieb beträgt die tägliche Arbeitszeit 15 Stunden. Will einer der Beschäftigten tatsächlich einmal vor 9 Uhr abends aus der Werkstatt herauskommen, dann muß er plötzliche Lohnkürzungen vorantreiben. Obwohl im Fleischergewerbe ein Verbot über die Sonntagsarbeit existiert, wird auch Sonntags bei ihm 4 bis 5 Stunden bis mittags 12, auch 1 Uhr gearbeitet. Bei dieser ununterbrochen langen Arbeitszeit wird den Geleuten noch vorgeworfen, daß sie nicht einmal das Freizeiten verdienen. Den Geleuten, die bei ihm in Logis sind, einen Hausknecht auszubilden, wird von diesem rüchständigen Fleischermeister als völlig überflüssig bezeichnet. Der von den Beschäftigten dann wegen des Scherens das einen Jahrsatz auszubilden oder auch nur Sonntags nachmittags etwas frische Luft zu schnappen und verdammt, sich bis zum Schließen des Metzgerhandels wieder einzufinden, kann 1 1/2 Stunden warten, bis ihm der Schieber die Stornie öffnet.

Ueberrunden werden nicht bezahlt. Den Geleuten wird vielmehr an jedem Lohnzahlungstag eine Ausgleichssumme zur Unterstützung vorgelegt, durch die sie beibringen müssen, daß sie noch Erhalt des Wochenlohnes (ohne Berücksichtigung der Ueberrunden und Sonntagsarbeit) auf alle Nebenleistungen verzichten.

Als am Samstag, dem 19. Juni, alle 5 Geleuten die Unterstützung verweigert wurden, sie trübtes erlitten. Das Arbeitsgericht wird sich mit dieser Maßnahme noch beschäftigen. Ebenso wird die Stammerschicht durch exemplarische Strafsetzung diesem Fleischermeister beibringen, daß er die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit zu achten hat. Ob aber Fleischermeister Schmidt so loskoppelt, ist eine Sache, die an seine Richtigkeit zu erklären.

die genau so wie er an der Einhaltung der tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit kein Interesse haben und den Feiertag nicht heiligen, ist nicht anzunehmen.

Berlin. (Was Einigkeit vermag.) Dank der Geschlossenheit der in unserem Verband organisierten Ladengefellen ist es möglich gewesen, für das Warenhaus Hermann Tiedt den Tarifvertrag für das Berliner Fleischergewerbe abzuschließen zu können. Dadurch erhöhen sich die Gehälter der dort beschäftigten Ladengefellen um 83 Mark im Monat. Aus diesem Erfolg müssen nunmehr alle Ladengefellen sämtlicher Berliner Warenhäuser die Lehre ziehen, sofort unserem Verband als Mitglieder beizutreten.

Frankfurt a. M. Die Arbeitnehmer des gesamten Bäckereigewerbes haben in einer stark besuchten Versammlung scharfen Protest gegen die von der Reichsregierung beabsichtigte teilweise Aufhebung des Nachtbaderverbots erhoben. Die Versammlung war einstimmig der Auffassung, daß eine teilweise Aufhebung des Nachtbaderverbots zur Folge haben würde, daß die Nachtarbeit sehr bald in allen Bäckereibetrieben mit all-jenen kulturwidrigen, gesundheitschädlichen und unhygienischen Zuständen, wie solche unter der Herrschaft der Nachtarbeit bestanden haben, wiederkehren würde.

Die Versammlung ersucht daher den Reichsarbeitsminister, von der ihm erteilten Ermächtigung keinen Gebrauch zu machen. Nötigenfalls würden die Arbeitnehmer der in Frage kommenden Betriebe der Einführung der Nachtarbeit einmütig Widerstand leisten.

Königsberg. Die Gewerkschaften in Königsberg beteiligen sich an der in der Zeit vom 13. bis 19. Juli stattfindenden Kulturwoche, die von der Sozialistischen Kulturgesellschaft veranstaltet wird. Es finden alltäglich Veranstaltungen wissenschaftlichen und unterhaltenden Inhalts statt. Den Schluß bildet ein für Sonntag, den 19. Juli geplantes großes Volksfest. Bei den Vertrauensleuten und im Verbandsbüro sind die Teilnehmerkarten erhältlich.

Königsberg. Auch hier versuchen die Kommunisten, die Gewerkschaften zu spalten. Wiederholt wurden Versammlungen, besonders für die Brauereiarbeiter abgehalten. Ebenfalls fand eine Versammlung für die Königsberger Bäckergeleuten statt. Auf der Tagesordnung stand stets Lohn- und Betriebsangelegenheiten, bzw. Kampf um das Nachtbaderverbot. Wie wurde über das angelegte Thema gesprochen, sondern nur gesampft über den „Verrat der Sozialisten, Benzler, Young-Plan usw.“. Die bisher abgehaltenen Versammlungen wiesen einen Durchschnittsbesuch von etwa 30 Personen auf, davon waren ein Drittel Erwerbslose, die noch nie in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie gearbeitet haben. Daß dieser Besuch als nicht reichlich angesehen werden kann, ergibt sich daraus, daß in der Königsberger Brauindustrie etwa 650 Personen beschäftigt sind. Aus welchen Elementen sich das K.O.D. Komitee zusammensetzt, soll hier kurz geschildert werden.

Zu diesem Komitee gehört ein Auch-Bäcker mit Namen Führer. Vor wenigen Jahren war er Mitglied der Bismarck-Jugend, dann wurde er Stahlhelmmittglied. Als er dort nicht mehr gebrauchsbar war, versuchte er sein Heil als Parteimitglied bei der K.O.D. und nunmehr soll er als Agitator gegen den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter verhandelt werden. Die zweite Blüte ist der Revolutionär Gronert. Noch im vorigen Jahre Funktionär der Nazis im Arbeiterviertel Bonarth. Auch er sucht und findet sein Heil bei der K.O.D. Zu bemerken ist, daß diese beiden Maulhelden noch nie einer freigewerkschaftlichen Organisation angehört. Kollegen! Solange die freie Arbeiterbewegung besteht, sind an ihre Spitze Kollegen berufen worden, die durch jahrzehntelange Kleinarbeit, durch energisches Vertreten der Interessen ihrer Mitarbeiter gegenüber den Arbeitgebern Vertrauen innerhalb ihrer Kollegen erworben haben. Die K.O.D., in Verbindung mit der K.O.D., hegt Leute auf die Arbeiterschaft, die weder die Wirtschaft noch das Wesen der Arbeiterbewegung kennen. Sie sind die Verräter an dem Kampferwert der freien Arbeiterbewegung. Sagt diese Leute dorthin, wo sie hergekommen sind. Wahr eure Einigkeit innerhalb eurer Organisation in den Betrieben, den Gegnern zum Trug und auch zum Schutz.

Gewerkschaftl. Rundschau

Wilhelm Hof f. Der Senior der deutschen Arbeiterbewegung, Wilhelm Hof, ist im Alter von 86 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Wilhelm Hof ist einer von denen gewesen, die die deutsche Arbeiterbewegung aus der Taufe hoben. Schon im Jahre 1875 leitete er den Einigungs-Kongress zwischen der Offenacher und Lassalleaner Richtung in Gotha, nachdem er schon im Jahre 1873 mit 27 Jahren Vorsitzender und Redakteur der Schumacherorganisation wurde. Der jüngeren Generation war Wilhelm Hof als mehrmaliger Vizepräsident des Reichstages bekannt, dem er mit wenigen Unterbrechungen von 1894 bis 1928 angehörte. Die deutsche Arbeiterschaft steht trauernd an der Bahre dieses aufrichtigen Kämpfers, deren glanzvoller Aufstieg und Nachentwicklung neben anderen ihm zu danken ist.

Der Verbandsstag der Katholiken und Heizer fand in der Zeit vom 14. Juni und folgende Tage in Dresden statt. Obwohl der Verband die gegenwärtige Krisenzeit gut überleben konnte und in keinem Bestand noch nie vor gelitten ist, blieben doch die Krisenauswirkungen nicht ganz ohne Bedeutung auf seine Entwicklung. Die Mitgliederzahl ging von 51 241 im Jahre 1929 auf 50 006 im Jahre 1930 zurück. Sehr beachtlich waren die Ausgaben des Ver-

bandes. Sie fliegen für die Invalidenunterstützung auf 183 220 Mk., für die Arbeitslosenunterstützungen 407 072 Mk. Besondere Erfolge zeitigte der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie konnte im Durchschnitt pro Mitglied wöchentlich um 12 Stunden herabgesetzt werden. Die Löhne konnten von 90,9 Pf. im Jahre 1927 auf 111,4 Pf. im Jahre 1930 heraufgehoben werden. Leider ist es auch diesmal zu keinem Zusammenschluß mit den Metallarbeitern gekommen, jedoch ist das Zusammenarbeiten zwischen beiden Verbänden ein vorzügliches. Scharfe Ablehnung fand die neueste Notverordnung durch den Verbandstag und in einer Entscheidung wird die Einführung der 40-Stunden-Woche verlangt. Weiter wurde zum Ausdruck gebracht, daß die noch in Arbeit stehenden Kollegen finanzielle Solidarität mit den Arbeitslosen üben sollen. Der Verbandstag der Maschinenisten und Heizer war von einem gesunden Geist getragen. Der erste Vorsitzende, Kollege Klebe, wurde einstimmig wiedergewählt, alle übrigen Vorstandsmitglieder gegen wenige Stimmen.

Der Fabrikarbeiterverband in der Wirtschaftskrise. Befand sich der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1928 und zum größten Teil auch noch im Jahre 1929 im Angriff, so wurde er im Krisenjahr 1930 zum Teil in die Verteidigung gedrängt. Inmehrin vermochte der Verband auch im schwersten Feuer der Unternehmerangriffe erfolgreich die Interessen seiner Mitglieder zu wahren. Von 525 Bewegungen waren 250 Abwehrbewegungen. 316 Bewegungen endeten mit vollem Erfolg. Es ist ein überzeugender Beweis für die Schlagkraft und Widerstandsfähigkeit der Organisation, daß für 193 606 Personen Lohnkürzungen von 574 064 Mk. je Woche verhindert und für 131 897 Personen sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt werden konnten. Die sich im Frühjahr 1931 unaufhaltsam verschärfende Wirtschaftskrise zwang zu vielfach vermehrten Abwehrkämpfen. Bis Anfang Mai 1931 mußten 387 Abwehrbewegungen durchgeführt werden, die 5207 Betriebe mit etwa 490 000 Beschäftigten betrafen, von denen rund 240 000 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes waren. Von diesen 387 Abwehrkämpfen endeten nur 50 erfolglos. Die Finanzverhältnisse des Verbandes sind trotz der sehr stark erhöhten Ausgaben für soziale Unterstützungen günstig. Die katastrophale Arbeitslosigkeit fordert allerdings auch unter den Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes viele Opfer, so daß naturgemäß die Einnahmen aus den Beiträgen zurückgingen. Die Gesamteinnahmen im Jahre 1930 betragen 26 693 000 Mk.; eine halbe Million weniger als im Vorjahre. Die sozialen Unterstützungen erforderten im Jahre 1930 die ungeheure Summe von 10 418 702 Mk. gegen 10 1/2 Millionen in der letzten Verbandsperiode. Für die im Jahre 1930 neu eingeführte Invalidenunterstützung mußten im letzten Jahre 1 184 751 Mark ausgegeben werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1931 441 427, im Jahresdurchschnitt 455 612 gegen 457 000 im Jahre 1928.

Gemeinwirtschaftlicher Wohnungsbau in Berlin. Die 1924 gegründete freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Wohnungsbau-Gesellschaft, die „Gehag“, Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-V.-G., kann über ein Rekordergebnis ihrer Bautätigkeit im Jahre 1930 berichten: Rund 4000 Gehag-Wohnungen waren in diesem Jahre im Bau, darunter die Wohnstadt Carl Legien mit 1145 Wohnungen und der Al-Hof in Treptow mit 862 Wohnungen. In den 6 1/2 Jahren ihres Bestehens hat die Gehag, deren Aktienkapital von 1 Million Mark sich zum größten Teil in den Händen der freien Gewerkschaften befindet, insgesamt rund 8500 Wohnungen, davon rund 2450 als Einfamilienhäuser, errichtet. Zu den schwebenden Fragen der Wohnungspolitik nimmt der Geschäftsbericht für 1930 in bemerkenswerten Ausführungen Stellung:

Die Streckung der Hauszinssteuermittel, die in den Jahren 1927 bis 1930 vorgenommen wurde, um den Wohnungsmangel schneller zu befriedigen und der Bauarbeiterchaft einigermaßen zureichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, führte zu einer geringeren Bezuflutung der einzelnen Kleinwohnungen mit billigen öffentlichen Mitteln, an deren Stelle teure freie Kapitalien treten mußten. Hinzu kamen die außerordentliche Steigerung der Baukosten und das Emporschnellen der Zinskosten der erstgestellten Kapitalien. Die Entwicklung dieser Faktoren hatte derart hohe Neubauten zufolge, daß der Kreis derjenigen, die zur Ermietung auch der Hauszinssteuerwohnungen in der Lage waren, immer kleiner wurde. So konnte es zu der in der Presse leider stark übertrieben dargestellten Vermietungsströmung am Berliner Neubaumarkt kommen. Ohne das Mißverhältnis zwischen den hohen Neubauten des Jahres 1930 und den niedrigen Einkommen der noch nicht mit Neubauten versorgten unteren Bevölkerungsschichten hätte auch das zeitweilig außergewöhnlich starke Angebot an Neubauten (rund 44 000 Wohnungen betrug der Reinzugang in der Reichshauptstadt 1930) von der wohnungsbedürftigen Nachfrage umgeben aufgenommen werden können. Die unsichere Existenzlage der Arbeiter- und Angestellten in der allgemeinen Wirtschaftskrise, der Lohn- und Gehaltsabbau, haben ebenfalls viele von der Ermietung einer Neubaumwohnung abgehalten. Durch die Entwicklung der Baupreise und der Zinskosten sowie durch die Streckung der Hauszinssteuermittel für Wohnungseinheit wurden jedoch die Bestrebungen des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaus, für die werktätige Bevölkerung hygienisch einwandfreie und räumlich zureichende Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zu schaffen, stark gehemmt.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach den Mitteilungen der Reichsanstalt hat die Entlastung des Arbeitsmarktes in der ersten Hälfte des Monats Juni Fortschritte gemacht. Enttäuschen muß allerdings, daß der Rückgang der verfügbaren Arbeitskräfte in der angegebenen Zeit sich gegenüber den vorhergehenden Wochen erheblich verlangsamt hat. Wenn der Rückgang der Arbeitslosenziffer auch günstiger ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres, so ist doch dabei zu bedenken, daß die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahr bei weitem nicht die Höhe erreichte wie in diesem Jahr. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen belief sich am 15. Juni auf rund 4 Millionen. Sie sank demnach in der Berichtszeit nur um 53 000. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hingegen ist um mehr als 100 000 auf 1,47 Millionen zurückgegangen. Die Zahl der Krisenunterstützten hat sich um 4000 auf rund 933 000 erhöht. Von der Reichsanstalt wird in ihrem Bericht darauf hingewiesen, daß die eintretende Entlastung im wesentlichen durch die saisonmäßigen Berufe getragen wird. Doch war auch zu bemerken, daß von den übrigen Berufsgruppen Arbeitskräfte aufgenommen wurden.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Hoffnung, durch die in Aussicht stehende Hilfe Amerikas die Arbeitslosenzahl herunterdrücken zu können, nicht besteht. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß mit der nunmehr gegebenen Möglichkeit, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung in Angriff zu nehmen, eine gewisse Einwirkung auf den Arbeitsmarkt nicht ausbleiben wird. Vergessen darf aber nicht werden, und das ist besonders zu beachten, daß durch den Zahlungsausschub auch die Sachlieferungen auf Reparationskonto eingestellt werden. Die unumgängliche Folge wird sein, daß bei den daran beteiligten Industrien Betriebseinsparungen vorgenommen werden, wenn es nicht gelingt, durch besondere Maßnahmen einen Ausgleich herbeizuführen.

Deutschlands Schweinebestand. Nach den soeben vom Statistischen Reichsamt erfolgten Zählungen ist der Schweinebestand um 2,7 Millionen Stück oder um 13,8 Proz. auf 22,5 Millionen Stück gestiegen. Zahlenmäßig waren alle Altersklassen an der Steigerung beteiligt. Allerdings zeigen die Ferkel die stärkste Zunahme um 936 000 Tiere = 18,4 Proz. Bei Jungschweinen betrug die Zunahme rund 1,2 Millionen oder 12,8 Proz. Wesentlich geringer ist die Zunahme der Schweine im Alter von 1/2 bis 1 Jahr mit 330 000 Stück. Einen Rückgang um 183 000 Tiere = 20,9 Proz. weisen die jüngeren Zuchtsauen auf. Diese Abnahme wird aber durch die Zunahme der älteren Zuchtsauen auf 123 000 = 22,6 Proz. ausgeglichen. Die Zunahme der trächtigen Sauen übertraf die der jüngeren um 165 000 Stück. Gegenüber der Zählung vom 1. Juni 1929 beträgt die Zunahme der Schweine rund 5,7 Millionen Stück oder 34,1 Proz.

Unternehmertum

Stank in der Wirtschaftspartei. Der Reichstagsabgeordnete und 2. Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Colosser, hat jetzt aus seinen Differenzen mit dem 1. Vorsitzenden Dremwig die Konsequenzen gezogen. Er ist zur Staatspartei übergetreten. Daß es aber auch sonst in der Wirtschaftspartei bedenklich knirscht, beweist, daß durch Ausschluß des rheinischen Reichstagsabgeordneten Deffen aus der Wirtschaftspartei der gesamte Wahlkreis Koblenz-Trier ebenfalls seinen Austritt aus der Partei erklärte. Er hat jetzt einen eigenen Laden unter der Bezeichnung „Opposition der Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ aufgemacht. Also ist es mit der so schön gepriesenen Harmonie zwischen den Ritzern vom Backtrog und Fleischtrog vorbei.

Internationales

Dänischer Verband der Mühlenarbeiter. Vom 14. bis 17. Juni tagte in Kopenhagen der 18. ordentliche Verbandstag, auf dem 30 Delegierte zusammen 800 Mitglieder vertraten. Der Verband könnte mehr Mitglieder haben, wenn ihm in der Agitation durch den dänischen Verband der ungelerten Arbeiter nicht so arg Konkurrenz gemacht würde. Der Geschäftsbericht zeigte, wieviel Kleinarbeit im Kampf um bessere Verhältnisse notwendig war. In die Debatte spielte die vom dänischen Gewerkschaftsbund gegen den ergangenen Schiedsspruch auf Lohnabbau eingenommene Stellung stark hinein. Die Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes wurde, nachdem sie von dessen Vorsitzenden sowie vom Verbandsvorsitzenden Johannesen verteidigt wurde, mit Mehrheit gebilligt. Dem Geschäftsbericht wurde zugestimmt.

Die Kassenverhältnisse dieses kleinen Verbandes sind die denkbar besten. Der Verbandstag beschäftigte sich mit einer Reihe aktueller Fragen. Man unterstrich durch Annahme einer Resolution, daß man durch innige Zusammenarbeit mit den Organen der übrigen Arbeiterschaft den Sozialismus erstreben wolle, daß zu diesem Zweck alle Mittel angewendet werden müßten, um Einfluß in die Betriebswirtschaft zu bekommen. Der Siebenstundentag sei während der Tagsschicht- und der Sechsstundentag während der Nachtschicht anzustreben. Eine längere Debatte wurde dem Zusammen-

schluß der Lebens- und Genussmittelarbeiterverbände gewidmet, die mit der Annahme einer nicht konsequent gehaltenen Entschliessung abschloß. Das Fachblatt soll besser ausgestaltet werden. Der wesentlichste Beschluß, der gegen 4 Stimmen gefaßt wurde, war der auf Anschluß an die Internationale Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter. Die auf das innere Verbandsleben Bezug habenden Beschlüsse waren weniger von Bedeutung.

Rückgang der Weinerzeugung in Italien. In Italien wurden im Jahre 1930 36 555 000 Hektoliter Wein erzeugt, gegenüber 41 198 000 Hektoliter Wein im Jahre 1929. Italien konsumiert fast ausschließlich inländischen Wein. 1929 wurden nur 17 000 Hektoliter ausländischer Wein im Werte von 16,7 Millionen Lire eingeführt, davon entfielen 12 Millionen Lire auf Schaumwein. 1930 wurden bis einschließlich Oktober 631 000 Hektoliter gewöhnlicher Wein ausgeführt gegenüber 612 000 Hektoliter im gleichen Zeitraum des vorhergehenden Jahres. Der Wert der Gesamtausfuhr betrug für gewöhnlichen Wein im Jahre 1929 169,1 Millionen Lire, für Wermouth 75,9 Millionen Lire, Wein in Flaschen und Marsala 16,3 Millionen Lire. Die gewöhnlichen Weine gehen zum großen Teil nach der Schweiz, kleine Mengen gehen nach Oesterreich, Deutschland, Brasilien und anderen Ländern. Wermouth geht hauptsächlich nach England, Deutschland, Belgien und Brasilien.

Literatur

Amphitrite. Von Blasco Ibañez, übersetzt von Otto Abrecht von Heßler. 215 Seiten. In Leinen 8 Mk. Erschienen bei der Bührergilde Gutenberg, Berlin SW 61. — Ein Spanier, der als Seemann alle Weltmeere befahren hat, läßt sich von einer deutschen Spionin bewegen, für die U-Boote Material zu liefern. Als dann aber ein Passagierschiff versenkt wird, auf dem sich sein eigener Sohn befindet, fährt er für die Verbündeten, die mit ihrer Flotte vor den Dardanellen liegen, Kriegsmaterial. Schließlich wird auch er mit seinen Schiff von einem deutschen U-Boot torpediert. Dies in wenigen Worten der Inhalt dieses an dramatischen Momenten so reichen Romans des weltberühmten spanischen Schriftstellers. „Amphitrite“ ist das vierte Buch der Ibañez-Reihe der Bührergilde Gutenberg. Die baldige Fortsetzung dieser Reihe steht bevor.

Die Bührergilde Gutenberg Berlin SW 61 widmet das Juniheft dem Karikaturlenken Honor Daumier. Den Anlaß dazu gibt das von Erich Kraus gezeichnete, reich illustrierte Buch „Daumier“, das die Bührergilde Gutenberg demnächst als Prämie für die Werbung von zwei Mitgliedern herausbringt.

Beweißer durch die Krankenversicherung. **Neueste Auflage.** 89 Seiten. Einzelpreis 0,30 Mk. Bei Mehrbezug Ermäßigungen. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 187. — In diesem Büchlein sind in leicht verständlicher Form und für den Laien gebrauchsfähig die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen aus der Krankenversicherung dargestellt. Es ist für jeden Versicherten unentbehrlich.

Sabellen für jedermann. Von Artur Wagner. Mit vielen Beispielen, Zeichnungen und 26 Fragen. 4. Auflage. 88 Seiten. Preis 1 Mk. zusätzlich Porto. Verlag Gebrüder Jandé, Hannover. — Es ist einfach erlernbar, über was dieses Büchlein alles Auskunft gibt. Will man den höchsten Berg wissen, will man die Quadrate oder Kreiszahlen von 1 bis 1000 wissen, will man über das Klima in Breslau Auskunft haben oder gar die näheren Bestimmungen über die Besondere Steuer nachschlagen, man schlägt das Buch auf und liest nach. So vielfältig und im Gebrauch doch denkbar einfach. Diese Vorteile werden dem Büchlein noch zahlreiche Freunde zuführen.

Unserem lieben Kollegen **Karl Dohst** sowie seiner lieben Frau zu ihrer Vermählung die besten Glückwünsche. [1,50]
Ortsgruppe Königsberg i. Pr.
Unserem Kollegen und Vorstandsmitglied **Rudolf Ulrich**, Böttcher, zu seinem am 24. Juni 1931 stattgefundenen 40 jähr. Verbandsjubiläum unseren herzlichsten Glückwünsche. [1,80]
Ortsgruppe Leipzig.
Unserem Kollegen **Georg Brädl** zu seinem 25 jähr. Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]
Die Kollegen der Ortsgruppe Weßlar a. d. Lahn.

Unseren Kollegen **Paul Born**, Bäcker, **Fritz Rung**, Bäcker, **Josef Rebling**, Bäcker, **Richard Jecher**, Brauer, **Peter Reubauer**, Brauer, **Johann Gerdtl**, Brauer, zu ihrem 25 jähr. Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche. [3.—]
Ortsgruppe Essen.
Unf. Koll. **Johann Hammacher** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [1,50]
Ortsgruppe Essen.
Unserem werten Kollegen **Eduard Saack** nebst seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]
Ortsgruppe Elbing.

Unserem Kollegen **Friedrich Bary** zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum in d. Schultze-Bagenhofer-Brauerei die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]
Ortsgruppe Frankfurt a. d. O.
Unserem Kollegen **Hugo Fritzer** nebst seiner lieben Frau zur stattgefundenen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]
Die Ortsgruppe Glauchau.
Unserem lieben Arbeits- u. Verbandskollegen **Hans Stüber** nebst seiner werten Frau zur Silberhochzeit am 4. Juli 1931 unsere herzlichsten Glückwünsche. [2,10]
Die Kollegen der Ortsgruppe Passau.

Dem Kollegen, Pförtner **Hermann Ebgenberg** zu seinem am 1. Juli stattgefundenen 50 jährigen Arbeitsjubiläum bei der Brauerei Wolters & Bathorn die herzlichen Glückwünsche. [2,10]
Die Kollegen der Ortsgruppe Braunschweig.
Unserem Koll. **Bernhard Bauer** zu seinem 25 jährigen Verbandsjubiläum die herzlichen Glückwünsche. [1,80]
Die Kollegen der Hülsmann-Brauerei, Banke-Siedel und Ortsgruppe Bochum.
Unserem werten Kollegen **Michael Bachfischer** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]
Die Kollegen der Brauerei Weder, St. Jagbert.

Für unsere neu zu errichtende **Fleischwaren-Verteilungsstelle** suchen wir zum Eintritt per 1. September d.J. — oder früher — einen **gewissenhaften und tüchtigen Ladenmeister**

Es wollen sich nur Bewerber melden, welche eine ähnliche Stellung bereits mit Erfolg bekleidet haben

Ausführliche Bewerbungen nebst Zeugnisabschriften und Lichtbild sind zu richten an den Vorstand des **Konsum- und Sparvereins Göppingen u. Umgebung, e. G. m. b. H., in Göppingen/Württ.**



FRAUENRECHT



Die Nacht nach dem Verrat

Roman von LIAM O'FLAHERTY

Deutsche Rechte Th. Knauer Nachf., Verlag

(26. Fortsetzung)

Die Wachen standen wieder der Tür gegenüber. Gallagher ging langsam an seinen Tisch zurück. Es entstand ein tödliches Schweigen. Nach ungefähr zwölf Sekunden zog Gallagher ein Notizbuch hervor und blätterte darin, während sich Mulholland flüsternd über seine Schulter beugte und die drei Richter, die Köpfe dicht zusammenhaltend, untereinander murmelten. Für Gypso aber dauerten diese zwölf Sekunden so lange, wie zwölf Jahre für einen Unheilbaren Leiden behaftet ist. Eine Kette von Schrecknissen jagte ihm durch den Kopf. Es waren nicht Vorstellungen oder Gedanken, sondern fast greifbare Schrecknisse, die sich in seinem Gehirn zu verkörpern schienen; als empfänden sie aus den Überlegungen eines fremden Wesens. Seine Berserkerei und Zuerstung wurden plötzlich von diesem erstaunlichen Fremdwesen gepackt und aus seinem Innern herausgerissen, glattweg aus ihm heraus ins Nichts, wie zwei Kugeln in die leere Luft.

Ha! Sie wurden ihm herausgerissen durch die erstaunliche Tatsache, daß Mulligan verschwand, frei, mit Geld in der Tasche, daß Gallagher ihm gegeben hatte. „Genosse“ hatten sie ihn genannt. Sie hatten versprochen, seinen Fall vor das Hilfskomitee zu bringen und ihn freien Fußes entlassen. Er war fort... Jesus, Maria und Joseph! Was hatte das zu bedeuten?

Dann, wie er so dafuß, bolzengerade auf seinem Sitz, stuteten jene unbeschreiblichen Schrecknisse in sein Gehirn. Sie kamen daher als fertige Gebilde, voll ausgereift, bestäubend wie Gallenankfälle, scharf und brennend wie Bajonettstiche, schwer und lastend wie Herzkrämpfe. Sie kamen daher: eins, zwei, drei, vier, Hunderte von ihnen, sie reiheten sich in seinem Hirn, Schulter an Schulter, eine große Masse, die dort festgewurzelt stand und die dann plötzlich wie Gespenster ohne einen Laut entwand, um neuen Platz zu machen. Sie bildeten eine riesige Menge, aber jedes einzelne war deutlich erkennbar. Jedes hatte seinen eigenen, eigentümlichen, schweigenden Schrei, jedes besaß sein eigenes, sonderbar dämonisches Grinsen, jedes besaß sein eigenes, eigenartiges... hol' sie alle der Teufel! Das Verfluchte an ihnen war, daß er nicht wußte, was sie waren. Sein Schreck erschien ihm in Fesseln geschlagen, und er war außerstande, die verfluchten Dinger zu fassen. Er mußte schlüpfen, kerkengerade an seiner hölzernen Bank, und zulassen, daß sie unangefochten in seinem Gehirn standen. Er war hilflos. Ein kalter Schweiß drang aus jeder Pore seines Körpers.

Vier Sekunden vergingen. Dann begann sein Hirn wieder zwischen den Schrecknissen herumzulasten, furchtbar wie eine Schnecke, die sich bei einer Berührung in ihr Haus zurückgezogen und tot gestellt hat und die dann wieder heraustritt, argwöhnisch die Grashalme betastet und ihre Füßchen spielen läßt. Gypso öffnete Mund und Nase. Durch beide Organe gleichzeitig jog er einen tiefen Atemzug. Der kalte Schweiß wurde mit einem Male warm, Blut flutete in wallender Bewegung in seinem Kopf. Er wurde wütend. Zuerst verkleinerten sich seine Augen, und die rötlichgelben Brauen senkten sich, dann weiteten sie sich, und die Brauen hoben sich, wie Gewehre, die man hebt, um sie auf eine Scheibe zu richten. Die Unterlippe fiel herab. Sein Gehirn begann methodisch zu arbeiten. Die Schrecknisse entwichen daraus, und an ihre Stelle trat eine eiserne Enschlossenheit, bis zum bitteren Ende zu kämpfen.

Sein Blut, toll gemacht vom Alkohol, ließ ihn die riesige Stärke seines Körpers fühlen. Er empfand beinahe ein Glücksgefühl angesichts dieser Gelegenheit, von ihr Gebrauch machen zu können. Es war jene wilde Freude, die in Zeiten der Gefahr in der irdischen Seele stets gegenwärtig ist, der große Kämpfergeist der irdischen Rasse, geboren aus den Nebeln, den Bergen, den brüllenden Stürmen und dem unendlichen Brausen der See.

Er sah sich um und maß die Gegner, die er zu bekämpfen hatte. Zu seiner Linken sah er Mary McPhillip sitzen. Sie hielt die Hände im Schoß, sah leicht vorgeneigt und sah mit einem nervösen, erwartungsvollen Blick in den Augen zu Gallagher hin. Zuweilen warf sie einen erschrockenen Seitenblick auf Gypso, aber ihre Augen kehrten immer wieder wie verzaubert zu Gallaghers Gesicht zurück. Es war deutlich zu sehen, daß sie erschrocken war und daß sie versuchte, ihre Willenskraft fest auf den Gegenstand zu heften, dem die Gebete galten, die ihre bebenden Lippen stammelten. Gypso sah die Angst in ihrem Gesicht und wußte, daß er nichts von ihr zu fürchten hatte. Dann blickte er auf die drei Richter. Er kannte diese maskierten Männer. Das waren bloße Puppen, Pöhlker, Marionetten, die alles tun würden, was Gallagher von ihnen verlangte, voll Angst, ihm zu widersprechen. Ha! Gallagher, das war der Mann, gegen den er kämpfen mußte, Gallagher und jener Kerl, der Mulholland. Er sah sie drüben an dem kleinen Tisch die Köpfe zusammenstecken. Seine Augen blieben auf ihnen haften.

Fieberhaft wachte er sich daran, einen Plan auszudecken, nicht weil er sich in dieser Stunde etwas vom Planemachen erschöpfte, sondern nur, weil das Ausdecken eines Planes seinem eigenen Grabe ein Ende machte. Aber er konnte nicht einmal an einen Plan denken. All seine Energien

waren darauf gerichtet, seinen Zorn auf Stedehitze zu erhalten. Er schlug sich schwächlich mit Bruchstücken von Gedanken herum und ließ sie dann hoffnungslos fallen. Er ballte die Fäuste an den Hüften mit den Knöcheln nach unten. Die beiden Männer hinter ihm sahen seine Rückenmuskeln gegen das blaue Zeug schwellen und sich spannen.

Dann wurde das Schweigen gebrochen. Gallagher stand auf, das offene Notizbuch in der Hand. Er ging hinüber zu dem Richtertisch, legte das Notizbuch vor die Richter hin und wies auf etwas mit dem Finger. Der Richter in der Mitte nickte. Gallagher ging wieder an seinen Tisch und setzte sich.

Gypso verfolgte mit wilder Erregung jede seiner Bewegungen. Er schien im Begriff, aufzuspringen und sich auf Gallagher zu stürzen. Die beiden Wachen im Gang und die zwei Bewaffneten, die hinter Gypso Rücken standen, ließen ihre Finger über die Drücker ihrer Revolver gleiten und beugten sich vor. Es war ein mit Spannung geladener Augenblick.

Frauenlob

Wer könnte in schönsten Worten es sagen,
Wieviel Glück die Frauen ins Leben uns tragen.
Sich bemühen mit liebendem, freudendem Sinn,
Aus Nüchtern zu streuen auf den Lebensweg hin!

Wer könnte vergelten, was sie Gutes getan,
Als Mütter den Kindern auf ihrer Lebensbahn.
Ihr wart unser Schutz, unser Schirm, unser Hort,
Unsre Liebe lebt ewig im Herzen uns fort!

Wer umorgt und pflegt uns in Krankheitstagen,
Wenn Wehmut und Schmerz am Herzen uns nagen?
Bei emsiger Tätigkeit, bei Tag und Nacht,
Ist ihr sorgend Herz auf unser Wohl nur bedacht!

Sie heßen des Lebens Lasten uns tragen
Und trösten uns lieblich, wenn wir wollen verzagen.
Mit zarter Hand glatt die Stirn sie uns streichen,
Wenn Sorgen und Kummer uns wollen betrüben!

Sie fleißig sich rühren am häuslichen Herd,
Ein freundliches Heim aus ihr Schönheitssinn besetzt.
Auf gute Sitten sehen sie, auf Aufwand und Brauch —
Und ihr Wesen umschimmert ein himmlischer Hauch!

Dram sollen die Frauen wir ehren und achten,
Sie vor Leid und Ungemach zu schützen trachten.
Bei des Lebens Wechsel, in Glück und in Not,
Sollen Herz und Sinn beherrschen — ein Frauenlob!

Carl Knauer, Köln

Dann blickte Gallagher auf Gypso und begann mit scharfer und verhaltener Stimme zu sprechen: „Nun, Gypso, gib uns an, wo du die Zeit von sechs Uhr ab verbracht hast, bis du um halb zwei hierher kamst. Mach' schnell. Verliere keine Zeit. Wir haben's eilig.“

Gypso's Augen schlossen sich fast ganz; dann schien sein Gesicht anzuschwellen. Sein Mund zuckte. „Was hast du damit zu tun, wo ich gewesen bin?“, donnerte er mit einer selbstam hohlen Stimme. Sein Mund schien ausgefroren zu sein.

„Man kann nie wissen,“ sagte Gallagher nachlässig. „Es kann uns vielleicht interessieren, das zu erfahren. Ist dir vielleicht nicht danach zumute, uns zu erzählen, wie du dich amüsiert hast seit der Zeit, wo du mit Francis Joseph McPhillip um sechs im Dumbog-Logierhaus zusammentraffst, bis du hierher gekommen bist?“

„Und wenn ich's dir nun nicht erzähle, was willst du dann machen? Was?“

„hm, ich will dir das jetzt nicht sagen. Aber wir können einiges tun. Das weißt du ja selber — oder nicht? Du hast die Wahl in dieser Sache. Entweder du erzählst mir oder ich selber mache mir die Mühe, es dir und dem Gerichtshof zu erzählen.“ Er machte eine kleine Pause und fügte dann hinzu: „Mit Hilfe von Basilus Mulholland, der hier sitzt.“

Dann starrte er ohne Leidenschaft auf Gypso, mit dem kalten und gleichgültigen Ausdruck eines Mannes, der eine Statue prüft. Gypso's Brust hob und senkte sich. Er war nicht vorbereitet auf diesen gerade aufs Ziel losgehenden Angriff Gallaghers; er hatte erwartet, Gallagher würde seine übliche Latit der Freundlichkeit und Schmeichelei im Vertrauen darauf anwenden, sein Opfer so zu verblenden, daß ihm zufällig ein paar wichtige Worte arglos von den Lippen schlüpfen. Gypso fühlte sich jetzt durch diesen brutalen und unverschämten Angriff gleichsam um seine Rechte betrogen. Gallagher erwiderte ihm nicht einmal die Ehre, sein Spiel mit ihm zu treiben. Dann mußte er also schon alles wissen. Wußte er es wirklich?

Die letzte Spur von Selbstbeherrschung verließ Gypso. Er geriet in rasende Leidenschaft, eine tobende Welle von Wut nahm von ihm Besitz. Er preßte die Fäuste zusammen, daß die Knochen knackten, sein rechtes Bein wurde

Erwerbslose und Familienhilfen der Krankenkassen

Es war ein großer Erfolg der Gewerkschaften, die Erwerbslosen in der Krankenversicherung weiter zu versichern. Dadurch haben diese naturgemäß einen großen Schutz zur Seite. Für die Krankenkassen bedeutet die Weiterversicherung der Erwerbslosen eine Belastung. In welcher Höhe geht aus dem Verwaltungsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köln für das Jahr 1930 hervor. „Obwohl die Notverordnung den Versichertenanteil in der Familienhilfe auf mindestens 30 Proz. festgelegt hat, steigen sämtliche Ausgabenposten. Eine Hauptursache hierfür liegt bei den Erwerbslosen. Da die Rechnungen für die erwerbslosen Versicherten getrennt geführt werden, konnten wir feststellen, daß die Familienversicherten der Erwerbslosen prozentual die drei- und vierfachen Ausgaben gegenüber den Stamm-Mitgliedern benötigen. Die Gründe sind klar. Die trostlose Wirtschaftslage wirkt sich in erster Linie bei den älteren, verheirateten und besser besoldeten Arbeitern und Ungestellten aus. Der Prozentfuß der Verheirateten betrug bei den Stamm-Mitgliedern 29 Proz., bei den Erwerbslosen 7 bis 80 Proz.! Der Gesamtprozentfuß verschiebt sich daher mit Zunahme der Erwerbslosen immer ungünstiger für die Kasse. Ein Leistungsabbau würde in erster Linie die Erwerbslosen treffen.“

Diese Beobachtungen der Ortskrankenkasse Köln sind sehr aufschlußreich. Aus ihnen geht hervor, daß der Anteil der Verheirateten bei den Erwerbslosen um das Zweieinhalbfache größer ist als bei den Stamm-Mitgliedern. Die Familienversicherten der Erwerbslosen erfordern im Verhältnis die drei- bis vierfachen Ausgaben gegenüber den Stamm-Mitgliedern. Daraus ist zu ersehen, welche Wohltat die Weiterversicherung bei den Krankenkassen für die Erwerbslosen bedeutet. Schreitet man weiter zu einem Leistungsabbau bei den Krankenkassen, so werden die Erwerbslosen in erster Linie davon betroffen.

Klage um einen Zopf

Eine Dresdener Firma der Nahrungsmittelbranche hält an dem „alten Zopf“ fest, kein weibliches Personal mit Bubikopf einzustellen. Nun hat sich aber der Bubikopf bereits so weit durchgesetzt, daß es nicht immer leicht ist, bei Neueinstellungen „langbezopfte“ Verkäuferinnen zu finden. Deshalb kam das Unternehmen auf den Gedanken, ihnen das Tragen künstlicher Zöpfe zu gestatten, nur mußten sie sich entsprechend „auffrisieren“ lassen. Nun wurde eine, mit einem künstlichen Zopf ausgestattete Verkäuferin entlassen und, weil sie mit Recht behauptete, für späterhin keine weitere Verwendung für „ihren Wilhelm“ zu haben, verlangte sie Schadenersatz in Höhe von 20 Mk. Die Firma lehnte natürlich die Bezahlung ab, so daß sich mit dieser Zopfgeschichte das Arbeitsgericht beschäftigen mußte. Die Klägerin stützte sich nun auf eine Tarifvertragsbestimmung, die besagt, daß der Arbeitgeber die Kosten für „Besondere Dienstkleidung“ zu tragen habe. Nun müßten in diesem Falle auch die Sonderwünsche des Arbeitgebers, soweit sie über den Rahmen der üblichen Berufskleidung hinausgehen, vergütet werden. Weil aber die Haartracht selbst mit der Berufskleidung nichts zu tun habe, müsse er natürlich auch für seine Sonderwünsche aufkommen. Sein säuberlich in Papier eingewickelt, legte sie den Zopf auf den Tisch des hohen Hauses, nicht ohne die Bemerkung gemacht zu haben, daß sie ihn der Firma hiermit zur Verfügung stelle. Obwohl es nicht zur Klageentscheidung kam, erklärte sich jedoch die Firma bereit, dem flotten Bubikopf den Schaden für einen gezwungenermaßen getragenen Zopf zu ersetzen. Das dürfte aber gleichzeitig eine Lehre für alle diejenigen Unternehmer sein, die von althergebrachten „Zöpfen“, die aus einer veralteten in eine neue Zeit hinübergerettet wurden, noch immer nicht loskommen können. Dann kann es ihnen ebenso gehen wie mit dem „wahren falschen“ Zopf in Dresden.

so steif, daß er mit einem harten, tragenden Geräusch auf dem steinernen Fußboden ausrutschte und laut gegen die Bank stieß. Dort blieb er stehen. Sein Knie war scharf geknickt und zitterte. Er öffnete den Mund und brüllte, beinahe unverständlich, einen Sturm von lästerlichen und obszönen Flüchen gegen Gallagher, Flüche in endloser Folge, ohne Verb, Pronomen oder Konjunktion. Er brüllte so lange, bis er innehalten mußte, um Atem zu schöpfen.

Als Gypso aufhörte, wurde das Stöhnen Mary McPhillips vernommen. Sie zitterte heftig und weinte. Gallagher stand auf, ging hinter Gypso vorbei, ohne die geringste Notiz von ihm zu nehmen, sagte Mary am Arm und führte sie zum Richtertisch: „Ich brauche die Zeugin jetzt nicht mehr, ich glaube, ich kann sie in ein anderes Zimmer bringen.“

(Fortsetzung folgt.)